Goos

Hamburgs Politik

um die Mitte des XVI. Jahrhunderts.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

eingereicht bei

Einer Hohen philosophischen Fakultät

zu

Marburg

von

Max Goos.

Marburg.

1896.

Von der Fakultät als Dissertation angenommen
24. Februar 1896.

Meinen lieben Eltern.

Eine Arbeit über hamburgische Geschichte hat insofern mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, als nur ein äußerst lückenhaftes Quellenmaterial zur Verfügung steht. Die reichen Schätze des alten hamburgischen Archivs sind durch den großen Brand der Stadt Hamburg im Jahre 1842 fast ganz vernichtet worden. Um so werthvoller ist es, daß wenigstens für einen der städtischen Verwaltungszweige die Akten noch ziemlich vollständig vorliegen. Die Rechnungen der hamburgischen Kämmerei sind zum Teil von den Flammen verschont geblieben, zum anderen Teil in den Abschriften und Auszügen auf uns gekommen, die schon vor 1842 Dr. Laurent zum Zwecke einer Veröffentlichung angefertigt hatte. Die halbvollendete Arbeit ist später von Koppmann wiederaufgenommen worden.[1] Koppmann hat in den letzten drei Jahrzehnten das gesammte Material dem Drucke übergeben und damit eine sehr wertvolle Quelle der hamburgischen Geschichte allgemein zugänglich gemacht. Diese Kämmerei-Rechnungen konnten auch für die Zwecke der vorliegenden Arbeit vielfach benutzt werden; und zwar nicht etwa bloß bei der Schilderung der Zustände im Innern der Stadt, sondern auch für die Darstellung der Beziehungen nach Außen hin. Der hamburger Kämmerer hat nämlich den Angaben über die einzelnen Geldzahlungen fast regelmäßig Notizen über ihre Bestimmung und Verwendung hinzugefügt, er bietet damit einen lehrreichen Einblick sowohl in die Finanzverwaltung, wie in

---

[1]) K. Koppmann: Kämmerei-Rechnungen der Stadt Hamburg. Bd. I—VII. 1869—94.

die auswärtigen Beziehungen Hamburgs. Nicht selten ergeht er sich auch in längeren politischen Betrachtungen, die bei dem Mangel an anderen Quellen für uns eine nicht geringe Bedeutung gewinnen.

Da das hamburgische Aktenmaterial sich als sehr lückenhaft erwies, so mußten die Archive der Hamburg benachbarten und befreundeten Städte herangezogen werden. Die Schicksale Braunschweigs, Lübecks und Bremens sind in dieser Zeit so vielfältig und nahe mit denen Hamburgs verknüpft, daß die historische Ueberlieferung dieser Städte bis zu einem gewissen Grade die fehlenden Nachrichten aus Hamburg zu ersetzen imstande ist. Schon Lappenberg hat dieses Verhältnis treffend hervorgehoben. Dazu aber kommt noch weiter, daß die Archive der genannten Städte nicht wenige Briefe und andere Mitteilungen enthalten, die aus Hamburg selbst stammen. Besonders gilt das vom Braunschweiger Stadtarchive, dessen Akten für die folgende Darstellung vornehmlich verwertet worden sind. In zweiter Linie ist das archivalische Material aus Lübeck in Betracht gezogen worden, wenig haben die Bremer Akten geboten.

Den Vorständen der Archive in Hamburg, Lübeck, Braunschweig und Bremen, die mir mit größter Bereitwilligkeit alle Akten zugänglich gemacht haben, verfehle ich nicht auch an dieser Stelle meinen Dank auszusprechen. Besonders aber fühle ich mich den Herren Professoren Dr. Naudé und Dr. Frhr. v. d. Ropp für empfangene Ratschläge und Unterstützung zu lebhaftem Dank verpflichtet, und nicht minder Herrn Prof. Dr. Wohlwill und Herrn Dr. Klußmann in Hamburg, von denen mir die erste Anregung zu dieser Arbeit gegeben ist.

Die folgende Arbeit will hauptsächlich die Politik Hamburgs im schmalkaldischen Kriege, zur Zeit des Interims und des Fürstenbundes zur Darstellung bringen. Als Einleitung sei eine kurze Übersicht vorangeschickt über die Ereignisse in den Jahren vor dem schmalkaldischen Kriege, soweit sie Hamburg berühren.

Cap. I.

Hamburgs Eintritt in den schmalkaldischen Bund und seine Teilnahme an den Bundesangelegenheiten bis zum Jahre 1546.

Die Ursachen, durch welche Hamburgs Eintritt in den schmalkaldischen Bund herbeigeführt wurde, hat O. Krabbe in zwei trefflichen Abhandlungen entwickelt: die erste, eine Programmschrift des akademischen Gymnasiums aus dem Jahre 1840, behandelt die Einführung der Reformation in Hamburg und daran anknüpfend die Vorgänge, welche den Rat bestimmten, der evangelischen Allianz beizutreten.[1] Eine Fortsetzung dieser Arbeit bildet ein Aufsatz in dem ersten Bande der Zeitschrift für hamburgische Geschichte aus dem Jahre 1841.[2] Die Hauptgrundlage für beide Abhandlungen ist eine alte Hamburger Chronik gewesen, als deren Verfasser Meister Bernd Gysecke angesehen wird; das Original dieser Chronik war damals noch im hamburger Archive vorhanden, ging aber schon im darauf folgenden Jahre, 1842, durch den hamburgischen Brand zugrunde. Einen Ersatz bot eine jüngere Abschrift, die Georg Waitz in Kopenhagen auffand. In dieser späteren Fassung hat sie Lappenberg der Sammlung seiner hamburgischen Chroniken einverleibt.[3] Eine Vergleichung der Krabbe'schen Arbeiten mit ihren Quellen läßt seine Darstellung in der Hauptsache als richtig erscheinen. Nur in einigen Punkten sind die Resultate seiner Forschung zu ergänzen und zu berichtigen.[4]

---

[1]) Ecclesiae evangelicae Hamburgi instauratae historiam exposuit Otto Krabbe. Programm des akad. Gymn. zu Hamburg 1840.

[2]) O. Krabbe, Hamburgs Teilnahme an den Handlungen der Schmalkaldischen Bundesverwandten. Zeitschrift für hamburgische Geschichte I. S. 169. 1841.

[3]) J. M. Lappenberg, Hamb. Chroniken in niedersächs. Sprache. Hamburg 1861. Einleitung S. LXV.

[4]) Von neueren Publikationen ist in erster Linie benutzt die „Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation", hrgb. v. O. Winckelmann, Bd. II (1531—1539).

Hamburgs Übergang zur Reformation im Jahre 1528, so friedlich und ruhig er sich auch zunächst vollzog,[1] hatte doch mancherlei Gewalttätigkeiten in seinem Gefolge. Schon seit einer Reihe von Jahren schwebte in Hamburg zwischen Domkapitel und Rat ein Streit um einige städtische Liegenschaften, der sich im Jahre 1528 derartig zugespitzt hatte, daß er als erster äußerer Anstoß zur Einführung der neuen Lehre angesehen werden kann. Nachdem das Evangelium in der Stadt immer mehr Boden gewonnen hatte, war die Haltung des Volkes gegen die Häupter der alten Kirche so drohend geworden, daß sich die Hamburger Domherren zu schleuniger Flucht aus der Stadt genötigt sahen, ihre Rechte und Güter im Stiche lassend. Gegen Ende des Jahres 1528 verklagten Propst und Dekan des Domkapitels den Rat und die Gemeinde von Hamburg beim Reichskammergericht und schon am 10. December erhielt die Stadt ein „mandat und bedinge" von den Richtern zu Speier,[2] dem im Januar des nächsten Jahres ein monitorium poenale nebst kaiserlicher Citation folgte.[3] Am 5. Juni, kurz bevor der Reformator Joh. Bugenhagen die Stadt Hamburg verließ, wurde eine Disputation mit den Altgläubigen veranstaltet. Vor den Vertretern des Rats und der Bürgerschaft brachte hier der Wittenberger Theologe die Irrtümer der alten Lehre zur Sprache[4] und forderte die Gegner auf, sich zu verteidigen. Allein die Katholiken, voran Dr. Henning Kissenbrücke, gingen auf eine dogmatische Erörterung nicht ein, sondern wußten die Sache sofort auf das weltliche Gebiet hinüber zu spielen: sie beriefen sich auf die uralten Rechte, mit welchen der Dom dereinst bei seiner Gründung von Kaiser Karl dem Großen ausgestattet worden sei; so könne auch nur durch kaiserliche Edikte

[1]) Sillem, Einführung der Reformation in Hamburg. Schriften des Vereins für Reform. Gesch. XVI, 86.

[2]) Adam Tratziger, Chronika der Stadt Hamburg ed. Lappenberg, Hamb. 64. S. 264.

[3]) Staphorst, Hamburgische Kirchen-Geschichte I 3, S. 846: hier findet sich ein „Schutzbrief Kaiser Karls für das Kapitel und eine gemeine Priesterschaft in Hamburg ad Nov. 13. 1530", worin schon zwei frühere Schreiben an Rat und Bürger erwähnt werden.

[4]) Krabbe, ecclesiae a. a. O. S. 99.

etwas in Sachen der Kirche geändert werden. Auf diesem Wege war eine Einigung aussichtslos, zumal, da inzwischen auch in Speier der Prozeß eine für Hamburg ungünstige Wendung genommen hatte; hier fand die katholische Sache einen äußerst gewandten Vertreter in der Person des hamburgischen Domdekans Clemens Grote.[1] Über den weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Domkapitel unterrichtet uns die zusammenfassende Darstellung der Verhältnisse, welche der Sekretär Hermann Rover den erbgesessenen Bürgern im Jahre 1536 erstattete.[2] Auf zwei Zusammenkünften in den Nachbarstädten Bergedorf und Lüneburg wurde ein friedlicher Ausgleich versucht, doch vergebens. Die Domherren verlangten geradezu, man solle sie „wedder in ere herlicheit und pracht setten unde dont, wo se it aver 30 edder 40 jaren gehat hadden." Diesen weitgehenden Forderungen gegenüber erweckt es fast den Eindruck von Schwäche, wenn der Rat am 8. Februar 1533 auf Grund einiger Artikel, die man den Katholiken vorlegte, bewirkte, daß die Verhandlungen am Reichskammergericht einstweilen eingestellt wurden.[3] Doch das war durchaus nicht nach dem Sinne des Domdekans Clemens Grote, den der Chronist „den heillos deken, einen arze scalk van Rome" nennt.[4] Obschon nach den Verhandlungen zu Bergedorf und Lüneburg ein Vergleich in der Ratsversammlung zu Hamburg nahe schien, kam auf das Drängen des Dekans in Speier am 12. September 1533 ein kaiserliches Mandat zustande, welches der Stadt Hamburg befahl, das Domkapitel in alle seine Rechte wiedereinzusetzen oder im Weigerungsfalle 500 Mark lotiges Gold zu zahlen binnen 45 Tagen.[5] Noch einmal hören wir von einem Versuche der friedfertigen Ratsherren zu Hamburg, den Prozeß am Reichskammergericht aufzuhalten: sie erklärten sich bereit, den Kapitelherrn alle weltlichen Güter wiederzugeben.[6] Aber auch jetzt fuhr der Dekan fort, den Streit zu schüren; nicht zufrieden

---

[1]) Chroniken a. a. O. S. 92 und Krabbe, ecclesiae S. 99.

[2]) Chroniken a. a. O. S. 91. Krabbe, ecclesiae S. 99/100.

[3]) Chroniken S. 93. Krabbe, ecclesiae S. 101.

[4]) Chroniken S. 92.

[5]) Tratziger a. a. O. S. 269, Staphorst a. a. O. I 3. S. 847, wo der 7. Juli genannt wird.

[6]) Krabbe, ecclesiae S. 103. Krabbe hat an dieser Stelle für werltlich (weltlich) wertlich = von Wert gelesen.

mit einer Wiedererlangung des weltlichen Besitzes, wollte er die alte Lehre auch in ihrem vollen Umfange wieder hergestellt sehen. Da erkannte selbst das vorsichtige Ratskollegium, daß weitere Verhandlungen unnütz seien: Nie würden, das war vorauszusehen, die Bürger, die sich soeben voll Begeisterung der reinen Lehre zugewendet hatten, in einen solchen Vertrag einwilligen.

In dieser Not war nur von den evangelischen Glaubensgenossen, den schmalkaldischen Verbündeten, ein wirksamer Beistand zu erhoffen. Das wurde den Stadtherren vollends klar, als im folgenden Jahre die Erlasse des Reichskammergerichts immer schärfer lauteten.

Im Jahre 1534 fragte der hamburgische Rat beim sächsischen Kurfürsten und dem Landgrafen Philipp von Hessen zunächst brieflich an, unter welchen Bedingungen die Stadt die Aufnahme in den schmalkaldischen Bund erlangen könne.[1] Mit demselben Begehr erschienen bald darauf zwei hamburgische Gesandte, der Ratsherr Joachim Moller und der Magister Joachim Sommerfeld, vor der Bundesversammlung. Ihr Gesuch fand anfangs bereitwilliges Entgegenkommen: der Kurfürst von Sachsen, Herzog Ernst von Lüneburg und die Stadt Bremen erhielten den Auftrag, in nähere Verhandlungen mit den Hamburgern einzutreten. Allein bei diesem Beschlusse blieb es auch: „der handel ging domals nicht fur sich, den der churfurst konnte anderer verhinderung halben dazu nicht schicken," so berichtet Tratziger.[2] Offenbar war der Augenblick schlecht gewählt. Bei den protestantischen Fürsten überwogen damals friedliche Absichten. Johann Friedrich war der Aufnahme von solchen neuen Mitgliedern, die nicht in der Nürnberger Friedensakte von 1532 besonders aufgeführt waren, abgeneigt. Die Stadt Hamburg war hier freilich auch genannt, aber nur als socius. Doch schon im folgenden Jahre 1535, als unter dem neuen Papste Paul III. die Aussicht auf ein Concil mit katholischer Majorität immer näher rückte, wurde eine Erweiterung des evangelischen Bundes ins Auge gefaßt. Jetzt kam auch die hamburger Angelegenheit zunächst in bessern Fluß. Johann Friedrich erklärte, er werde die Aufnahme Hamburgs in den Bund befürworten, weil die

---

[1]) Tratziger S. 272. ecclesiae S. 103.

[2]) Tratziger S. 272. ecclesiae S. 104.

Stadt „das gottes wort rein und klar lehren und predigen" lasse.[1] Am 16. November 1535 vor der Versammlung in Schmalkalden sprachen die Gesandten der Stadt Hamburg von neuem den Wunsch aus, „daz si sich als eußerste zuflucht wollte in den schmalkaldischen bunt begeben."[2] Die weiteren Verhandlungen mit der Hansastadt rückten jedoch nur langsam vorwärts. Wie es scheint, ging der hamburgische Gesandte, Hermann Rover, etwas vorsichtig zuwerke. Tratziger erzählt, Rover habe nicht „one vernunftiges bedenken" abgeschlossen.[3] Noch einmal trugen die Hamburger am 9. Dezember ihre Beschwerden über das Reichskammergericht vor.[4] Als Antwort erklärten die Stände sich am 22. bereit, die Angelegenheit der Stadt Hamburg gleich anderen Religionssachen zu verteidigen und die Stadt unter den im Abschiede enthaltenen Bedingungen in den Bund aufzunehmen.[5] Für die neuen Mitglieder war hier festgesetzt, daß sie der „Augspurch'schen confession" und allen andern Geboten der Einigungsverwandten, auch einer „gepurlichen anlage treu und gewärtig sein sollten."[6] Speciell für Hamburg wurde zwei Tage später, am 24. Dezember 1535, bestimmt, daß der Herzog von Lüneburg, sowie die Vertreter der Städte Bremen und Braunschweig „gewalt und bevelch" haben sollten, die Stadt Hamburg „der einigung zu vorgewissen und herwieder bekenntnus und vorsicherung von inen zu nehmen."[7] Noch vor ihrer Ankunft in Hamburg gelangte die Sache am 10. Januar des folgenden Jahres zwischen Rat und Bürgerschaft zur Besprechung.[8] In feierlicher Versammlung berichtete der Bürgermeister Paul Grote den Bürgern über die Gründe, weshalb man genötigt sei, sich dem schmalkaldischen Bunde anzuschließen.[9] Nach kurzer Beratung erklärte die Gemeinde durch ihren Sprecher Peter Hesterberg „dat alle borgere ut allen

---

1) Polit. Korrespondenz Straßburgs a. a. O. S. 299.

2) Manuskripte der hamb. Stadtbibliothek a. 1743. Handlungen der schmalk. Bundesverwandten, eine Quellensammlung, die z. Teil auf Grund von verlorenen Akten zusammengestellt ist.

3) Tratziger S. 273.

4) Polit. Korresp. S. 315.

5) Polit. Korresp. S. 315, Anm. 1.

6) Polit. Korresp. S. 318.

7) Polit. Korresp. S. 322.

8) Krabbe, ecclesiae S. 105. Krabbe Zeitschr. a. a. O. S. 171.

9) Chroniken S. 94. Krabbe, ecclesiae S. 105/6.

karspelen wolden bi Gades wort levendich und dot bliven, lif und gut, wif und kind und allent, wat se in der werlt hadden, wagen unde upsetten und begerden an den erbar radt, dat de dar mit dem ersten wolde vor sin, dat dusse stadt in dat evangelische vorbunt mochte kamen." Der Rat hatte wohl eine so schnelle Antwort nicht erwartet, es heißt, daß ihm selten ein Bescheid so lieb gewesen sei.[1] Bald darauf trafen die Gesandten des Bundes, der Herzog von Lüneburg und die städtischen Vertreter in Hamburg ein. Nunmehr erfolgte im Januar 1536 der endgiltige Abschluß.[2]

Die Bundeszahlung, welche der Stadt Hamburg von den Schmalkaldenern im Jahre ihres Eintritts auferlegt wurde, betrug 12 000 ℔, eine recht erhebliche Summe.[3] Wir hören aus dem Berichte des Tages, der im Frühjahr 1536 zu Frankfurt abgehalten wurde, daß man darüber mit den Vertretern der Stadt sehr bald einig wurde.[4] Nicht ganz so einfach gestalteten sich die Verhandlungen über die Beitragszahlung vor der Bürgerversammlung zu Hamburg.[5] Die Chronik meldet, daß der Bürgermeister Joh. Hulpe am 13. Juni dem Volke eine Vermögenssteuer auferlegt habe, damit „dusse stadt nicht in enem ewigen scimpe sete." Darüber entstand unter den Bürgern zunächst große Entrüstung, einige von den Kühnsten erklärten sogar, „man wolle das evangelium nicht kopen", der Rat möge nur seine Sache selbst „uteten". Nach längeren Verhandlungen einigte man sich schließlich dahin, daß den Bürgern eine Steuer von 1½ Schilling von jeder Mark ihres Vermögens auferlegt wurde, eine 10 %ige Steuer.[6]

---

1) Krabbe, ecclesiae S. 108.

2) Tratziger S. 274; Andreas Schmidt, Braunschweigische Kirchengeschichte (1707) S. 116. Der undatierte Zettel, Polit. Korresp. S. 342, der von Hamburgs Beitritt zum Schmalkaldischen Bunde berichtet, dürfte wohl zu spät angesetzt sein.

3) In der Polit. Korresp. S. 358, Anm. 2, ist von einem monatlichen Beitrage von 4000 Gulden gesprochen; Koppmann, Kämm.-Rechn. der Stadt Hamburg a. a. O. V S. 623 bringt dagegen einen Beitrag von 7638 ℔; beide Angaben lassen sich dahin vereinigen, daß die Zahlung von 4000 Gulden 3 Monate lang geleistet worden ist, dann ergiebt sich die Summe von 12 000 Gulden = 8000 ℔, vergl. Tratziger S. 274 f., Anm. 9.

4) Polit. Korresp. S. 358.

5) Chroniken S. 96 f.

6) Sillem a. a. O. S. 167.

Die Stadt Hamburg nahm in der Folge eine einflußreiche Stellung unter den Mitgliedern des schmalkaldischen Bundes ein.[1] Bei verschiedenen Anlässen, wo ein engerer Ausschuß zu bilden oder im Felde ein Kriegsrat zu wählen war, wurde die Stadt mit der Führung einer der drei städtischen Stimmen betraut.[2] Bald hatte sie in fast allen Fragen den Platz errungen, welchen bis vor kurzem das benachbarte Lübeck behauptet hatte.

Zwei Angelegenheiten standen zu jener Zeit im Mittelpunkte der Beratungen des Bundes: die Beschickung des vom Kaiser geplanten Conzils und die Stellungnahme zu dem Vorgehen des Reichskammergerichts gegen die evangelischen Stände.

Auf der Versammlung des Jahres 1537, wo Hamburg durch seinen Superintendenten Aepin, Meister Hinrik von dem Broke und Hermann Rover vertreten war,[3] gab die Stadt durch den Mund ihres geistlichen Abgesandten ein, wie es heißt, „treffliches" Gutachten ab:[4] „man solle dem Conzile gehorsam sein, soweit es sich um „Mitteldinge" und Wiederherstellung kirchlicher Güter handle, wenn man vorher über deren rechtmäßige Verwendung übereingekommen sei, billige aber das Conzil falsche Glaubenssätze, dann sei kein Gehorsam zu leisten."

Noch unmittelbarer als die Conzilsfrage berührte der zweite Gegenstand der Verhandlungen das eigenste Interesse der Stadt Hamburg: das war die Frage, wie man sich dem Reichskammergericht gegenüber verhalten solle. Im Jahre 1535 war Kurfürst Johann Friedrich nach Wien gereist, um bei König Ferdinand die Einstellung der Prozesse am Reichskammergericht zu erreichen, die den Evangelischen bereits im Nürnberger Religions-Frieden versprochen worden war.[5] Landgraf Philipp schlug vor, den Kaiser um Ernennung von Kommissaren anzugehen, welche die schwebenden Streitigkeiten gütlich beilegen sollten, aber „erlangt man es nicht, so wil von noten sein, darvon zu reden, wie man sich der beschwerung mit gots hilf erweren well und moge."[6]

---

1) Krabbe, Zeitschr. S. 171 f.

2) Polit. Korresp. S. 480, 647 und 650.

3) Chroniken S. 102.

4) Seckendorff, historia Lutheranismi III S. 145.

5) Polit. Korresp. S. 297.

6) Polit. Korresp. S. 297/8.

Auf demselben Frankfurter Tage der Schmalkaldener im Jahre 1537 verschärften sich die Gegensätze zwischen Protestanten und Katholiken beträchtlich. Der kaiserliche Vicekanzler Matthias Held, ein äußerst rücksichtsloser eifriger Vertreter des Katholicismus, war bestrebt, die Evangelischen zu weitgehenden Zugeständnissen zu drängen. Allein er fand eine mutige Erwiderung von evangelischer Seite.

Die Protestanten zogen als Beispiel die Sache der Stadt Hamburg heran und bewiesen dem Kanzler, daß des Kammergerichts Vorgehen widerrechtlich gewesen sei, weil durch den Nürnberger Frieden alle Prozesse in religiösen Sachen auf ein zu berufendes Concil vertagt seien.[1]

Weniger unruhig verliefen die Beratungen im folgenden Jahre 1538. In Braunschweig tagten die Verbündeten, um über die Aufnahme König Christians III. von Dänemark zu verhandeln. Hamburg war bei der feierlichen Einholung des Dänenkönigs zu Braunschweig mit einer Schaar von 42 Berittenen vertreten[2] und untersiegelte nebst Braunschweig von städtischer Seite[3] den Vertrag, der nach kurzen Beratungen mit dem Dänen zustande kam.

Auf der Zusammenkunft, die noch im Juli desselben Jahres zu Eisenach abgehalten wurde, trat die Reichs-Kammergerichts-Angelegenheit wieder in den Vordergrund. Über ihr Gutachten in dieser Sache befragt, äußerten sich die evangelischen Stände in verschiedenem Sinne; die meisten gaben vor, keine Vollmachten zu besitzen. So wurde die Frage vertagt, die Gesandten sollten einstweilen während des Sommers über diesen Punkt mit ihren „gelehrten und trefflichen raeten zum fleißigsten beratschlagen." Die Stadt Hamburg hatte um Trinitatis zwei Bedenken geliefert, ein theologisches und ein juristisches.[4] Beide warnen vor der Recusation, d. h. Zurückweisung des Reichskammergerichts: der Theologe meint, religiöse Dinge sollten überhaupt nicht an ein weltliches Gericht gebracht werden, ist es aber einmal geschehen, so sei es besser, einzelne Stände litten Unrecht, als daß recusiert werde, denn dadurch werde das ganze Gericht

[1]) Krabbe, Zeitschr. S. 173 f.

[2]) Spangenberg, Mansfeldische Chronik S. 436.

[3]) Polit. Korresp. S. 480, Anm. 2.

[4]) Hortleder, Handlungen und Ausschreiben der Schmalkaldischen Stände gegen Karl V. Band I, S. 1274.

vernichtet. Das juristische Gutachten findet den Grund der Streitigkeit in den religiösen Meinungsverschiedenheiten zwischen Richtern und Angeklagten: Recusation sei absurd. Wird nicht derselbe Streit angehen, wenn Protestanten über Katholiken richten sollen? So ist schließlich die einzige Möglichkeit, um Revision des Reichskammergerichts zu ersuchen. Man erkennt aus diesen Gutachten, wie eifrig die Hamburger bemüht waren, den Schein der Parteilichkeit in der eigenen Sache von sich fernzuhalten. Die Bürger mögen eine große Freude empfunden haben, als am 13. November die Entscheidung der Schmalkaldener dahin ausfiel, daß man die Urteile des Reichskammergerichts in Zukunft nicht anerkennen wolle. Unter den Gründen dafür wurde auch die hamburgische Angelegenheit genannt.[1]

Die Zahlungen, welche die Stadt Hamburg in den ersten Jahren dem Bunde leistete, waren von verschiedener Höhe; sie werden sich nach den Bedürfnissen der verschiedenen Jahre gerichtet haben; bald überstiegen sie nicht 800 ℔, dann wieder wurde eine Summe von 5000 ℔ beigesteuert.[2]

Erst im Jahre 1542, als die Schmalkaldener gegen Herzog Heinrich von Braunschweig die Waffen erhoben, hören wir von größeren Zahlungen. Herzog Heinrich hatte schon lange den Groll und Haß der evangelischen Städte auf sich gezogen. Der Gegensatz zwischen Fürst und Städten war ein doppelter; er lag einmal in der starr katholischen Haltung des braunschweigischen Herzogs begründet, dann aber in seiner bitteren Feindschaft gegen die Städte und ihre Freiheit. Anfang 1542 hatte der Herzog im tiefen Frieden die Städte Braunschweig und Goslar angegriffen. Mit Not wehrten beide den ersten Ansturm von ihren Mauern ab. Als Heinrich eine längere Belagerung begann, sandten die zwei Harzstädte Eilboten nach Lübeck, wo damals die Vertreter der niedersächsischen Stadtgemeinden tagten. Hamburg hatte nicht weniger als drei Gesandte zu diesem Tage abgeordnet. Am 27. Februar trugen die Boten der zwei belagerten Städte der Versammlung mit eindringlichen Worten ihre Gesuche um Unterstützung vor. Sie schlossen mit der Mahnung: „erstreckt euch to

---

[1]) Hortleder, Handlungen und Ausschreiben der Schmalkaldischen Stände gegen Karl V. Band I, S. 1294.

[2]) Koppmann, Kämmerei-Rechn. V, S. 655, 739.

datlicher handlung und laßt uns nicht sunder trost und hulfe."[1] Wohl äußerten die Lübecker und die bei ihnen Versammelten mit dem Schicksale der beiden Gemeinden „herzliches mitleiden." Aber dabei hatte es auch sein Bewenden. Selbst zu einer bestimmten Zusage meinte man sich nicht entschließen zu dürfen, denn zu solchem Beschlusse, hieß es, fehlen die Instruktionen aus der Heimat, die Versammelten waren bereit die Sache „mit allen fleiße an die aeltesten heimzubringen", gewiß würden diese „to datlicher handlung" helfen. Doch zum Schlusse der Antwort erging an Braunschweig und Goslar die schöne Mahnung: „wenn moeglich, macht frieden, den ihr wißt ja selbst, was fehde einbringt." So die Antwort von Seiten der in Lübeck Versammelten. Anders handelten die Fürsten! Sie waren nicht an einen vielköpfigen Rat gebunden, sofort entschlossen sie sich zu schleuniger Hilfeleistung. Landgraf Philipp von Hessen vereinigte seine Truppen mit denen des sächsischen Kurfürsten. Schnell gelang ihnen die Befreiung von Goslar und Braunschweig. Und mehr noch: auch aus seinem eigenen Lande wurde Herzog Heinrich nach kurzem Kampfe verjagt.

Hamburg unterstützte die beiden Fürsten bei diesem Unternehmen mit einer größeren Summe Geldes. Die Kämmerei-Rechnungen geben die Bundeszahlung des Jahres 1542 auf nicht weniger als 9451 ℔ an.[2] Doch die Bürger weigerten sich, eine so hohe Summe zu zahlen; so mußte der Rat, „damit Vertrauen und Ehre des Gemeinwesens nach den besiegelten Briefen, die man den Verbündeten gegeben, gewahrt bleibe, den Kämmerei-Herren Befehl geben, die Summe durch eine Anleihe aufzubringen."[3]

---

[1]) Lübecker Staatsarchiv, Vol. IV recessuum et unionum Hanseaticarum continens recessus saec. XVI. 1500—1570.

[2]) Kämmerei-Rechn. VI, S. 73. Das Geld ist pro taxa secundi duplicis mensis d. h. durch Zahlung des zweiten Doppelrömermonats aufgebracht worden. Der Kämmerer fügt hinzu: Diese Summe ist gezahlt worden, nachdem schon 2 doppelte Römermonate geleistet worden sind nach einer Quittung, die man vom braunschweiger Rate darüber empfangen hat. Hiermit ist, wie wir einer Notiz weiter unten entnehmen, eine Zahlung aus dem Jahre 1537 gemeint. Ein doppelter Römermonat — so ergiebt es sich aus vergleichenden Betrachtungen — betrug ca. 9100 ℔. Zu der Hauptsumme kommen einige andere Ausgaben zu Bundeszwecken in der Höhe von 1631 ℔.

[3]) Kämmerei-Rechn. VI, S. 48.

Drei Jahre später, 1545, wurde eine fast ebenso hohe Zahlung notwendig, wiederum gegen Herzog Heinrich. Der Braunschweiger war mit französischem Gelde zurückgekehrt, um sein Land wiederzuerobern. Große Erregung erfaßte Städte und Fürsten Niederdeutschlands. „Der Herzog hatte bei seiner Rückkehr," so berichtet Sleidan, „den Städten Braunschweig, Hannover, Minden, Bremen und Hamburg gedroht, er werde für das ihm angetane Unrecht blutige Vergeltung üben. Die Städte sollten sich sofort von der Schmalkaldischen Verschwörung — so benannte er den Bund — lossagen, wenn nicht, so stelle er ihnen furchtbare Rache in Aussicht."[1]

Über die nächsten Ereignisse liefert der Briefwechsel zwischen Hamburg und Braunschweig nähere Auskunft. Am 13. September teilt der hamburgische Rat den Braunschweigern mit, „daß die knechte und reiter herzog Heinrichs noch immer im lande Hadeln laegen."[2] Zwei Straßen, so melden sie, kämen vor allem in Betracht, die von den Truppen des Herzogs eingeschlagen werden könnten, entweder die geradeswegs auf Braunschweig oder die auf Hamburg führende. Die Hamburger fürchteten im eigenen Lande auf beiden Seiten der Elbe vom Feinde bedroht zu sein. Denn einerseits waren im Westen die Söldnerscharen des Braunschweigers bereits sengend und brennend in das hamburgische Gebiet eingefallen und hatten das Amt Ritzebüttel verwüstet. Von der anderen Seite der Elbe näherte sich, wie man hörte, ein Heerhaufen aus dem Mecklenburgischen, der zu Herzog Heinrich stoßen sollte. Diesen von Osten heranziehenden Truppen verwehrten die Hamburger mit 4 Schiffen den Elbübergang. Herzog Heinrich selbst wandte sich durch das Lüneburgische ziehend gegen Wolfenbüttel.[3] Die Stadt Braunschweig rief alsbald die Hilfe der protestantischen Fürsten an. Auch diesmal kam Landgraf Philipp der Aufforderung sofort nach und führte zusammen mit dem Kurfürsten Johann Friedrich und Herzog Moritz von Sachsen den

[1]) Johannes Sleidanus, de statu religionis et rei publicae Carolo V. imperatore commentarii, 1566. S. 280.

[2]) Braunschweiger Stadtarchiv Band XV. Zur Geschichte des schmalkaldischen Bundes 2c. Bürgermeister und Rat der Stadt Hamburg an Braunschweig, 13. September 1545.

[3]) Brschw. Archiv XV. Bremen an Braunschweig, 22. September.

Kampf ebenso rasch wie glücklich zuende. Heinrich wurde Mitte Oktober bei Northeim von den Sachsen und Hessen mit überlegener Streitmacht angegriffen und zur Ergebung gezwungen. Die Freude, die man allenthalben und speziell in Hamburg über diesen Ausgang empfand, findet in einer Notiz des Stadtkämmerers ihren Ausdruck: „3 ℔ sind dem Boten gegeben, der uns die glückselige Nachricht von der Gefangennahme Herzogs Heinrichs, des Mordbrenners, überbracht hat.“[1]

Von Hamburg war auch für diesen Feldzug eine größere Summe „ad foedus religionis causa initum“ beigetragen worden: wir hören, daß aus Hamburg 9147 ℔ von zwei „reitenden Dienern“ nach Braunschweig gebracht wurden „zur Verwendung im Kampfe gegen Herzog Heinrich.“[2]

Eine andere Kämmerei-Notiz scheint auf den ersten Blick darauf hinzudeuten, daß Hamburg die protestantischen Fürsten in diesem Kampfe auch mit Söldnern unterstützt hat. Wir lesen, daß „Herrn Christoph von Heimbruch 32 ℔ zur Aushebung von 112 Söldnern gegeben sind.“[3] Diese Summe war indes zum Unterhalt von 112 Söldnern gewiß nicht ausreichend. Wahrscheinlich hat der schnelle Abschluß des Krieges die Weiterführung der hamburgischen Werbungen unterbrochen. Diese Vermutung scheint durch eine Bemerkung in einem Briefe der Stadt Braunschweig an Herzog Ernst von Braunschweig bestätigt zu werden. Dort heißt es nämlich: „was die hamburgischen boesknecht belangt, wollen wir beruhen lassen.“[4] Wahrscheinlich hat von den Einwohnern der Stadt Hamburg nur der Ratsherr Matthias Reder in seiner Eigenschaft als Kriegsrat beim schmalkaldischen Bunde am Kampfe teilgenommen. Darauf deuten auch wohl die reichen Geschenke, die ihm und seinem Begleiter, Magister Spieß, in diesem Jahre von der Stadt Hamburg zuteil wurden.[5]

---

[1]) Kämmerei-Rechn. VI S. 186.

[2]) Kämmerei-Rechn. VI S. 198. Das Geld ist diesmal: juxta taxam nostram contributionem majorem tertii duplicis mensis aufgebracht worden: die Benennung „tertius“ schließt sich unmittelbar an die Zahlung des Jahres 1542 (s. S. 14 Anm. 2) an. — An weiteren Ausgaben zu Bundeszwecken verzeichnen die Kämmerei-Rechn. 1378 ℔.

[3]) Kämmerei-Rechn. VI S. 198.

[4]) Brschw. Archiv XV. 16. Oktober.

[5]) Kämmerei-Rechn. VI 198/9.

Der Krieg gegen Herzog Heinrich hat vermutlich die Veranlassung dargeboten zu einem engeren Schutz- und Trutzbündnisse, welches die wendischen Städte im Jahre 1545 „fredes und bestendickeit willen" in Lübeck abschlossen.[1] In Hamburg selbst wurden noch im Jahre 1545 große Befestigungen angelegt, worüber uns die Kämmerei-Rechnungen eine ausführliche Beschreibung liefern.[2]

Cap. II.

Hamburg im Schmalkaldischen Kriege.

Bald nachdem der Zwist mit Herzog Heinrich von Braunschweig zu Gunsten der Schmalkaldener ausgefochten war, ging der Bund einem weit schwereren Kampfe entgegen.

Im Sommer des Jahres 1546 brach der Krieg mit Karl V. aus. Die protestantischen Fürsten und Städte des Südens und in Norddeutschland die Fürsten von Sachsen und Hessen standen einmütig zusammen gegen die ihnen allen in gleichem Maße drohende Gefahr. Anders die Städte Niederdeutschlands, die mit der kaiserlichen Politik bisher wenig in Berührung gekommen waren. Lange Zeit hindurch blieb bei ihnen die Ehrfurcht vor der kaiserlichen Majestät so stark, daß man vor einem offenen Kampfe zurückscheute. Und auch später, als fast allenthalben die Überzeugung durchgedrungen war, daß vom Spanier Karl die religiöse und politische Freiheit des protestantischen Glaubens ernstlich bedroht sei, und manche norddeutsche Stadt sich mit hingebendem Eifer der Opposition gegen Karl angeschlossen hatte, sträubte man sich doch gegen die Meinung, daß der Kaiser aus eigenem Antriebe ein Feind der wahren Religion sein könne, man wollte vielmehr in der Person des Papstes den Urheber aller Not erkennen, Kaiser Karl erschien nur als ein von der Kirche Verführter „des pawestes boedel und blothunt".[3] Karl war nicht blind gegen

---

[1]) Lübecker Staats-Archiv. Protocoll des wendischen Staedtetages.

[2]) Kämmerei-Rechn. VI S. 203.

[3]) Matthias Reder, hamb. Chronik 1534—1553 in Lappenberg, hamb. Chroniken a. a. O. S. 332 f.

die Vorteile, die er aus dieser Anschauungsweise ziehen konnte: wir sehen ihn immer wieder bemüht, das Zusammengehen der deutschen Städte mit seinen Gegnern, „den rebellischen Fürsten" zu verhindern. In einem Schreiben vom 11. Juni warnte er die Norddeutschen vor allen „gefährlichen anschlaegen wider sich und das reich".[1] Dieses Mittel hatte in Süddeutschland keinen Erfolg gehabt. Auch über die Ergebnisse der kaiserlichen Politik bei den norddeutschen Städten fehlen uns weiterhin fast alle Nachrichten: eine Notiz in den Kämmereirechnungen besagt, daß man im Jahre 1546 zu Hamburg einem „proditor Caesareus" mit 12 ℔ den Laufpaß gab, von dem ruchbar wurde, er wolle die Stadt von ihren Verbündeten scheiden.[2] Diese kurze Nachricht erweckt den Anschein, als ob Karl noch während des Krieges die Mitglieder des Bundes zu trennen gesucht habe. Wir wissen ferner, daß Karl die Kriegsrüstungen des Grafen Büren in den Niederlanden langsam und äußerst vorsichtig ausführen ließ: die Hamburger sahen darin eine drohende Gefahr für ihre Stadt und unterhielten monatelang einen Spion in Wesel, der die Vorkehrungen des Grafen beobachten sollte.[3] Alles deutet darauf hin, daß Karl die Norddeutschen auch dann noch voneinander zu trennen suchte, als ganz Süddeutschland schon in Waffen stand. Und anfangs schien des Kaisers Plan, die norddeuschen Städte einzuschüchtern, von Erfolg gekrönt zu sein: wirklich hat sich die Hauptmasse der sächsischen Städte bis zum Herbste 1546 von jedem thätigen Anteil am schmalkaldischen Kriege ferngehalten. Eine rühmliche Ausnahme bilden von Anfang an die Städte Hamburg und Braunschweig: bei ihnen ist anzuerkennen, daß sie den Schmalkaldenern nach Kräften geholfen haben trotz feindlicher Drohungen und unentschlossener Haltung der Freunde. Beide Städte haben den Bund mit sechs doppelten Römermonaten unterstützt. Ihre Handlungsweise — so hören wir aus einem Berichte über die städtischen Verhandlungen im Februar 1547[4] — erregte viel Mißfallen bei

---

[1]) Manuskript der hamb. Stadtbibliothek, s. Kap. I, Anm. 18. Caroli V. rescriptum an alle Reichsstaende.

[2]) Kämmerer-Rechn. VI S. 227.

[3]) Kämmerei-Rechn. VI S. 239.

[4]) Brschw. Archiv. Schmalkaldischer Bund XVII. Der braunschweigische Sekretär v. Planen an Braunschweig, 24. Febr. 1547 aus Magdeburg.

den anderen Städten: das sei der Bundesverfassung entgegen, nur wenige würden sich zu solchen Leistungen verstehen. Die Kämmerei-Rechnungen geben zum Jahre 1546 die Höhe der Hamburger Hilfssumme auf 56 269 ℔ an:[1] „die einzelnen Ausgaben", heißt es, „sind in einem besonderen Buche enthalten"; leider ist uns dieses wichtige Zeugnis nicht bewahrt. Ebenso sind wir für die ersten damaligen Verhandlungen zwischen Städten und Fürsten auf Vermutungen angewiesen. Man kam in Braunschweig zusammen, hierhin wurden zwei hamburgische Ratsherren, Joachim Sommerfeld und Laurentius Nigebur entsandt zu Unterhandlungen mit den Vertretern Johann Friedrichs und Philipps:[2] zwischen Hamburg und Braunschweig herrschte den ganzen Herbst hindurch ein lebhafter Botenverkehr.[3] Etwas reichhaltiger werden erst die Nachrichten über den Tag in Uelzen.[4] Hier war über die fürstlichen Geldforderungen allgemeine Entrüstung. Man fand es höchst ungerecht, daß den armen norddeutschen Gemeinden bei der Verteilung der Geldlasten ebenso hohe Beiträge auferlegt waren, wie den Städten Oberdeutschlands mit ihren reichen Handelshäusern und den großen Liegenschaften auf dem Lande, und beklagte sich darüber, daß einige Fürsten bisher völlig mit Auflagen verschont wären: man solle doch bei England oder Frankreich Geld aufnehmen und in feindlichen Gebieten Administrationen errichten, damit daraus den Ständen alle geborgten Gelder mit sämtlichen Interessen und Schaden wiedererstattet werden könnten.

Gleichzeitig mit diesen Beratungen wurden auf dem Kriegsschauplatze im Süden zwischen Fürsten und Städten Unterhandlungen gepflogen, zuerst in Ulm, nachher im Feldlager zu Giengen. Fast von Anbeginn des Krieges war die Stadt Hamburg durch ihren Bürgermeister Matthias Reder im Kriegsrate vertreten, ihm zur Seite stand der Sekretär Spieß.[5] Man erhält den Eindruck, als ob die Verhandlungen nur sehr langsam vorrückten. Erst der Einfall Herzog Moritzens in die Lande seines Vetters Johann

---

1) Kämmerei-Rechn. VI S. 240.

2) Kämmerei-Rechn. VI S. 239.

3) Kämmerei-Rechn. VI S. 239.

4) Brschw. Archiv XVII. General-Instruktion und Bericht von Bremen, Braunschweig und Hamburg für den Tag von Uelzen. 24. Sept. 1546.

5) Kämmerer-Rechn. VI S. 240.

Friedrich und die damit verbundene Verlegung des Kriegsschauplatzes nach dem Norden scheint einen Umschwung herbeigeführt zu haben. Kurz bevor sie Süddeutschland verließen, schickten die Fürsten am 11. November aus dem Feldlager bei Giengen eine Aufforderung an die niedersächsischen Städte,[1] um endlich von ihnen Beistand an Geld und Truppen zu erlangen. Die Hilfe für die fünf Städte Bremen, Braunschweig, Goslar, Minden und Hamburg wurde auf je 20 000 Gulden normirt, für die übrigen entsprechend geringer. Dem sächsischen Kurfürsten mußte in seiner Bedrängnis auch eine Unterstützung mit Söldnern sehr erwünscht erscheinen. Den norddeutschen Städten war ein Aufgebot zugegangen, in welchem ihnen die Ergänzung der sächsischen Regimenter Thumbshirn und Oldenburg aufgetragen war.[2] Dafür sollten sie Sitz und Stimme im Kriegsrate haben: für Hamburg bekleidete Matthias Reder das Amt eines Kriegscommissars. Allein weder die Geldleistungen noch die fürstlichen Truppenwerbungen in den Städten, die sogenannten „verweisungen", gelangten in der nächsten Zeit zur Ausführung. Im Dezember 1546 sandte Johann Friedrich dringende Hilfegesuche an seine städtischen Bundesgenossen. Wieder und wieder hoben die Fürsten hervor, daß sie selbst und die oberdeutschen Städte bisher alle Kriegslasten allein getragen hätten. Als Landgraf Philipp bei den Städten mehrfach um Ausrüstung einiger Reiterfähnlein nachsuchte[3] und immer abschlägige Antwort erhielt, verlor er schließlich die Geduld und brauchte Gewalt: Am 6. März 1547 berichten die Städte dem sächsischen Kurfürsten von einem Angriffe, der von landgräflicher Seite auf friedlich reisende städtische Kaufleute geschehen sei.[4] Man war über „diese Verletzung städtischer Freiheiten" äußerst empört.

All diesen Fragen wandten die Hamburger das regste Interesse zu: „Die Stadt Hamburg will", so lesen wir in einem Briefe an Braunschweig, „um Weihnachten 1546, zu goettlicher ehre und gemeiner wohlfahrt den kurfürsten gern bei land und leuten erhalten."[5] Das Schreiben von Johann Friedrich ist spät

---

1) Brschw. Archiv XVII. Instruktion der Gesandten nach Giengen.
2) Brschw. Archiv XVII. Protokoll von Giengen, 11. November 1546.
3) Brschw. Archiv XXI. Philipp an Braunschweig, 7. Januar.
4) Brschw. Archiv XXI. Städte an Johann Friedrich, 6. März.
5) Brschw. Archiv XXI. Weihnachten 46.

angekommen, man will Anfang 1547 den Hauptteil der Summe nach Braunschweig senden. Nicht ohne Mühe gelang es indes, Anfang 1547 die volle Hilfssumme von 20 000 Gulden aufzubringen und an ihren Bestimmungsort zu schicken.[1] Mit Befremden erfuhr man Mitte Januar 1547, daß dieses Geld noch immer nicht an Johann Friedrich abgegangen sei. „Sendet das Geld unverzüglich," so wird nach Braunschweig geschrieben, „wir sind an der Verzögerung unschuldig."[2] „Das Vorgehen des Landgrafen gegen die städtischen Kaufleute," heißt es nicht viel später in einem undatierten Briefe aus Hamburg,[3] „ist zwar unerhört, indeß wir haben uns im Grunde diese Behandlung selbst zuzuschreiben durch unser Zögern. Denn die norddeutschen Städte sind verpflichtet, die einmal angefangene Defension weiterzuführen und haben sich den Städten des Oberlandes gleich zu halten." Zum Schlusse ermunterten die Hamburger ihre Einigungsverwandten, doch thunlichst bald ihre Bundeszahlung zu leisten, schon der Gleichheit wegen. Der Rat von Hamburg durfte sich wohl solche Mahnungen erlauben, hatte doch die Stadt in der That mehr gethan als alle andern. Denn außer der vertragsmäßigen Geldhilfe waren weitere 2000 Gulden beigesteuert worden, um eine Schar von 200 Reitern für Johann Friedrich auszurüsten. Wir hören, daß Herr Christoph von Heimbruch und Sweder Melstede[4] im Auftrage der Stadt Hamburg diese Rüstung veranstalteten. Den ersteren erwähnen die offiziellen sächsischen Heereslisten unter der Zahl der kurfürstlichen Rittmeister.[5] Als solcher wird er auch im April an der Schlacht bei Mühlberg Teil genommen haben, während Matthias Reder, der hamburgische Kriegsrat beim sächsischen Heere, schon um Fasten nach Hause zurückgekehrt war.[6]

Die Geldhilfe, die dem sächsischen Kurfürsten wie von Hamburg so auch von anderen Städten Norddeutschlands zuteil wurde, war für Johann Friedrich von großem Wert. Der venetianische Gesandte

---

[1]) Brschw. Archiv XXI. Hamburg an Bremen, Dienstag nach Circumcisionis 47.

[2]) Brschw. Archiv XXI. Hamburg an Braunschweig, Sonnabend nach Fabian.

[3]) Brschw. Archiv XXI. Hamburg an die Eynungsverwanten zu Magdeburg, undatiert.

[4]) Kämmerei-Rechn. VI S. 241.

[5]) Hortleder a. a. O. II S. 415 f.

[6]) Chroniken S. 333.

Mocenigo äußert sich dahin: „Allen scheint es merkwürdig, daß der Kurfürst so lange derartige Ausgaben erträgt: nur die Hilfe der Seestädte und Dänemarks liefert die Erklärung dafür.“ [1] Kurz vorher, bei Erwähnung des Rochlitzer Sieges (6. März), spricht der Botschafter die Vermutung aus, daß „dieser an sich geringe Erfolg doch einen erheblichen Einfluß auf die Haltung der norddeutschen Städte ausüben könnte, denn sie würden jetzt bereitwilliger sein, dem Kurfürsten zu helfen und weniger geneigt, sich den Bedingungen des Kaisers zu unterwerfen.“ [2] Karl war bestrebt, einem solchen Entsatzkorps kräftig entgegenzutreten. Deshalb erteilte „der Kaiser,“ wie Sleidan erzählt, „einigen Leuten den Auftrag, in jenen Gegenden — das heißt im Münsterlande — Truppen anzuwerben und den Krieg in die Nachbarschaft Niedersachsens zu überführen, damit die dortigen Stände und Städte nicht dem Landgrafen oder Johann Friedrich die Hand reichen könnten.“ [3] Diese Werbungen — wir werden sogleich des näheren von ihnen zu sprechen haben — ließ der Kaiser durch Christoph von Wrisberg in der Gegend von Münster anstellen. Karl verband mit diesen norddeutschen Rüstungen noch andere Absichten, die weit ernsterer Natur waren.

Schon lange war es ein geheimer Wunsch des Kaisers gewesen, an einem der Nordmeere festen Fuß zu fassen, ähnlich wie es später sein Nachkomme, Ferdinand II., im 30jährigen Kriege beabsichtigt hat. Als einen solchen Vorposten seiner habsburgischen Hausmacht hatte Karl die Stadt Bremen ins Auge gefaßt.[4] Der Erzbischof Christian von Bremen, ein Bruder des Herzogs Heinrich von Braunschweig, und wie dieser ein eifriger Vorkämpfer des Katholicismus war sofort bereit, gegen die freie protestantische Stadt seinen Beistand anzutragen. In der Darstellung eines Zeitgenossen hören wir sogar, daß vom Bremer Erzbischof der Rat zum Vormarsche auf Bremen ausgegangen sei.[5]

---

[1]) Venetianische Depeschen am Kaiserhofe, herausgegeben von der Wiener Akademie. Band II 1892, S. 197.

[2]) Ebenda, S. 190.

[3]) Sleidan a. a. O. S. 335.

[4]) von Bippen, Aus Bremens Vergangenheit 1885, S. 131 f.

[5]) Spangenberg, Chronik der Bischöfe von Verden S. 189.

Welche Gefahr diese Pläne für die niedersächsischen Städte und ihre Freiheit enthielten, durchschauten damals nur wenige unter ihnen; dies zeigte die lässige Haltung, die sie nachher bewiesen. Nur einzelne Stimmen erhoben sich, die auf die drohende Zukunft hinwiesen; so bemerkt der Magdeburger Sekretär Johann Merckel in seiner Geschichte des Magdeburgischen Krieges: „Wenn es gelungen wäre, Bremen zu erobern, so würde damit aller Seestädte Verderben und Untergang gekommen sein.“ [1]

In ihrem vollen Umfange scheinen auch die Bewohner der Stadt Hamburg die verderblichen Folgen erkannt zu haben, die sich an die Besetzung eines norddeutschen Küstenplatzes von Seiten des Kaisers knüpfen konnten. Das bewiesen sie später durch ihren thatkräftigen Beistand, den sie der Schwesterstadt zuteil werden ließen, als die Gefahr über Bremen hereinbrach.

Die Werbungen, von denen Sleidan berichtet und deren wir oben gedachten, hatten schon im November 1546 ihren Anfang genommen. Christoph von Wrisberg, der altbewährte kaiserliche Söldnerführer, war beauftragt, im Münsterlande ein Heer zusammen zu bringen. Anfangs sollten nur einige 500 Reiter und 12 Fähnlein Knechte gesammelt werden.[2] Die Werbungen wurden den ganzen Winter hindurch fortgesetzt, so daß die Truppenzahl durch Verstärkungen von allen Seiten schließlich auf 21 Fähnlein Knechte und 1000 Reiter stieg.[3] Am 12. Dezember hatte der Statthalter von Seeland, Jobst von Groningen, den Oberbefehl über dieses Heer erhalten. In ähnlicher Art wie vorher der Graf von Büren zog jetzt Jobst von Groningen seine Werbungen in die Länge und suchte geschickt zu verbergen, gegen wen sie gerichtet seien. Dadurch wurde der Zweck erreicht, daß sowohl der hessische Landgraf[4] im Süden, wie die Seestädte sich in gleichem Maße bedroht glaubten.

Erst Ende Januar 1547 setzte sich das kaiserliche Heer vom Münsterlande aus in Marsch nach Norden. Anfangs ging alles

---

[1]) Merckel, Vom Magdeburger Kriege in Hortleder a. a. O. I S. 1236.

[2]) Hortleder II S. 393.

[3]) Henne, histoire du règne de Charles V. en Belgique, Band VIII S. 301 f., ferner Hortleder II 393 f.

[4]) Brschw. Archiv XVII. Philipp an die Städte, 23. März, freilich auf die zweiten Rüstungen bezüglich.

über Erwarten gut: ohne Gegenwehr übergaben die protestantischen Adligen ihre Schlösser und selbst die festen Städte Osnabrück und Minden wagten keinen nachhaltigen Widerstand. Die Bürger von Minden dachten anfangs zwar an eine Verteidigung. Sie baten die zu Magdeburg versammelten Vertreter der Städte um schleunige Hilfe;[1] doch die Antwort lautete wenig tröstlich: Man wolle sich zu hause umtun und erwarte, daß die Stadt Minden bis dahin ausharre, „wir kennen euch ja als standhafte leute; . . . . seht euch übrigens bei den benachbarten staedten einstweilen selbst nach hilfe um!“[2] Die schnelle Übergabe Mindens erregte aller Orten Entrüstung und Schrecken.

Den kaiserlichen General erfüllten die leichten Erfolge mit der kühnen Hoffnung, auch der Stadt Bremen sich ebenso rasch bemächtigen zu können. Am 19. Februar erschien er vor den Thoren der Hansestadt und forderte binnen 4 Tagen Entscheidung, ob man sich auf Gnade oder Ungnade ergeben wolle. Als nach Ablauf dieser Frist, am 22. Februar, von Seiten der Bremer eine schroffe Ablehnung erfolgte, schritt der feindliche Feldherr zu sofortiger Beschlagnahme der Flotte, die zu Vegesack, nördlich von Bremen, im Eise festsaß.[3] Alsdann eröffnete Groningen die förmliche Belagerung der Stadt. Die tapfere Gegenwehr der Bürger ließ den Feldherrn Karls gar bald erkennen, daß er es hier nicht mit einem zweiten Minden zu thun habe. Sehr große Schwierigkeiten stellten sich den Kaiserlichen entgegen. Das Heer Groningens war durch die Besatzungen, die man unterwegs in den eroberten Schlössern und Städten zurückgelassen hatte, so geschwächt, daß es für eine vollständige Umschließung Bremens nicht ausreichte. Nur an zwei Stellen war ein Angriff möglich; die so wichtige Wesereinfahrt konnte nicht gesperrt werden, weil hier das feste Schloß Delmenhorst den Kaiserlichen trotzte. Dieses Schloß gehörte einem Freunde der Stadt, dem Bischof von Münster, der den festen Platz den Kaiserlichen nicht auslieferte. Als Ende Februar die schweren Geschütze herbeigeschafft werden sollten, zeigten sich neue Schwierigkeiten, denn der stark ange-

[1]) Brschw. Archiv XVII. Minden an die Städte zu Magdeburg, 2. Febr

[2]) Brschw. Archiv XVII. Städte an Minden, 9. Febr.

[3]) Spangenberg a. a. O. S. 189.

schwollene und mit Treibeis bedeckte Weserstrom vereitelte jede Bemühung, die Kanonen an die Stadt heranzubringen. Die Lage der Angreifer wurde sehr bedenklich. Groningen schrieb dem Kaiser darüber am 19. März:[1] „Si nous retirons dichy sans faire plus deffaict, pour tyrer la ou vostre majeste nous mande, se doubtent et est sans faulte, que les dicts de Bremen avecq leurs alliez ne viennent ruer sur eulx et les dechasser et destruyre, comme par autres fois ont faict: ce quil plairat a vostre majeste considerer, priant treshumblement, quil plaise a vostre majeste nous mander ce que aurons a faire .... Mais lon ne nous envoye que pouldre et boulletz par porcions ce que ne nous peult souffire, priant treshumblement, quil plaise a vostre Majeste nous mander, ou que en prendrons davantaige .... Sierre il plairoit en oultre scauoir a vostre majeste que sommes en grant disette dargent, comme je crois, que Fredrich Speedt aura declaire a vostre majeste."

Den eingeschlossenen Bremern wuchs inzwischen Mut und Zuversicht, vollends, seitdem ihnen von Dänemark und, wie wir gleich sehen werden, auch von Hamburg Hilfe kam. Man wußte in der Stadt genau, wie es draußen im Lager aussah. „Ihr habt uns wie Rebellen behandelt", heißt es in einem Schreiben der Bremer an Groningen, „wir wollen keinen Vertrag, sondern Genugtuung: falls Ihr uns nicht entschädigt, werden wir die Niederlande verwüsten".[2] Immer häufiger wurden jetzt kleine Ausfälle aus der Stadt unternommen. Jobst von Groningen hoffte indes von Tag zu Tag auf die Ankunft des Herzogs Erich von Braunschweig, der ihm vom Kaiser zuhilfe gesandt war. Er schrieb seinem Herrn am 30. März:[3] „Nest possible de plus demeurer icy sans argent; car noz gens se mutinent journellement et nous ont par deux ou trois fois voullu sacquager... ne pourous partir dichy sans grant honte... Sierre, les gens du duc Erich sont encoires asses loin de nous et ne sont guerres par deca Minden; et me semble quilz tirent de la longue." Es war eine der letzten Unternehmungen des kaiserlichen Generals, als er Ende März

---

[1]) Lanz, Korrespondenz Kaiser Karls V. Band II (1845) S. 545 f.

[2]) Henne a. a. O. S. 304, Lanz II S. 548.

[3]) Lanz S. 553.

einige Schiffe ausrüstete zur Abwehr der kleinen Kriegsflotte, die den Bremern aus Hamburg zuhilfe gesandt wurde. Bald darauf, am Morgen des 31. März, fand Jobst von Groningen durch eine feindliche Stückkugel seinen Tod, als er das Heer zu einem Gewaltsturm gegen die Stadt heranzuführen gedachte. An seine Stelle trat der Wrisberger. Dieser hielt es für angemessen, alsbald mit dem kaiserlichen Heere davonzuziehen. Er marschierte über Voerde und Rotenburg nach Verden. Dort wurde Groningen beigesetzt. Dann schlug man in der Nähe bei Eyssel ein Lager auf, und hier erfolgte einige Wochen später die Vereinigung mit Herzog Erich.[1]

Diese glückliche Wendung wäre für Bremen kaum so bald eingetreten, wenn die Stadt nicht, wie oben erwähnt, die ganze Zeit hindurch von vielen Seiten Unterstützung erhalten hätte. Aus Hamburg, sowie von dem dänischen Könige Christian kamen fortwährend Schiffe, die ihm Lebensmittel zuführten. Von dem schmalkaldischen Fürsten entschloß sich zuerst und hauptsächlich Kurfürst Johann Friedrich zu thatkräftiger Hülfe. Am 4. März hatte der Kurfürst den Grafen Christoph von Oldenburg, einen Söldnerführer in seinen Diensten, nach Bremen gesandt, der durch seine Verteidigung Kopenhagens rühmlich bekannt war. Der Graf übernahm für einige Zeit den Oberbefehl im belagerten Bremen. Johann Friedrich selbst schrieb an seine „liebe und getreue Stadt" und versicherte sie seines besonderen Wohlwollens und baldiger Hilfe.[2] Gleichzeitig wurde von den nächsten Bundesgenossen Bremens, den norddeutschen Städten, Rats gepflogen, auf welche Weise der bedrängten Bundesstadt zu helfen sei.

Auf den 19. Januar war, zunächst zu anderen Zwecken, eine Versammlung nach Magdeburg berufen. Hier traten nur die Gesandten der vier bedeutendsten Bundesstädte Magdeburg, Hamburg, Bremen und Braunschweig mit dem Gesandten Johann Friedrichs zusammen, um eine Vorberatung für den auf das Frühjahr 1547 angesagten Tag in Braunschweig abzuhalten. Über die ersten Verhandlungen in Magdeburg ist wenig bekannt. Johann Friedrich ersuchte die Städte Hamburg und Bremen, mit ihm die Bürgschaft

---

1) Spangenberg S. 187.

2) Kohlmann, Kriegsmut und Siegesfreude der Stadt Bremen 1847, in: Beiträge zur brem. Kirchengeschichte H. III.

für eine Summe zu übernehmen,[1] die der König von Frankreich dem schmalkaldischen Bunde zu leihen Willens war. Schon dabei klagte der braunschweigische Gesandte von Plauen in einem Schreiben an den Rat seiner Stadt, daß unter den Bundesgenossen eine allgemeine Gleichgültigkeit herrsche. Keiner wolle helfen, so werde wohl der Krieg an den vier Städten hängen bleiben.[2] Um jedem neuen Versuch des Kaisers, die norddeutschen Städte einzeln auf seine Seite zu ziehen, wirksam zu begegnen, schlossen die in Magdeburg versammelten Städte am 16. Februar ein Bündnis unter sich.[3] „Wy werden bericht", so begründen sie ihren Beschluß, „das unser aller feynde sich understehen, die stede etzliche mit bedrawunge und die andern mit grossen vertrostungen und andern listigen practiken vollenth von eynander zu trennen"; die Gegner werden aber sicherlich ihr Wort nicht halten, sondern uns Glauben und Freiheit rauben, „so achten wyr hoch von nothen zu sein, das sich diese benachbarte stete zusammen setzten und einander treulichen hulfen." Ein Ergebnis dieser neuen Vereinigung wird es gewesen sein, daß sich die Städte 2 Tage später bereit erklärten, den „rest der Gengeschen hulpe up erstkommenden Letare to erleggen".[4] Mehr als diese dürftige Nachricht ist uns über die ersten Verhandlungen zu Magdeburg nicht erhalten. Vermutlich hat auch jene Versammlung an einer allzulangsamen Entschlußkraft gelitten, wie sie den städtischen Vereinigungen so häufig anhaftete. Erst unter dem Eindruck der bedrohlichen Meldungen aus dem Stifte Münster und vollends, als die Kunde von der Übergabe Mindens gekommen war, raffte man sich zu entschiedenen Beschlüssen auf. Von jetzt an wurde in erster Linie ein gemeinsames Vorgehen gegen das Heer Groningens im Münsterlande ins Auge gefaßt. Im Anfang, als den Beratungen noch kein festes Ziel vorschwebte, erhielten die Städte die Aufforderung, Reiter und Knechte anzuwerben und für Proviant zu sorgen; daneben wurde aber schon damals genau festgesetzt, wieviel die einzelnen an Reitern, Fußsoldaten

---

[1]) Brschw. Archiv XVII. v. Plauen an Braunschweig, 6. Febr. 41, Magdeburg.

[2]) Brschw. Archiv XVII. v. Plauen an Braunschweig, 10. Febr.

[3]) Brschw. Archiv XVII. Die Gesandten der vier Städte an ihren Rat, 16. Februar, Magdeburg.

[4]) Brschw. Archiv XVII. Protokoll des Magdeburger Tages, 18. Febr.

und Geld für das Gesammtheer beizusteuern hätten.[1] Die Hilfstruppen sind dahin zu führen, wo der Feind angreift. Größeren Eifer entwickelte man, als am 20. Februar die Grafen Christoph von Oldenburg und Albrecht von Mansfeld in Magdeburg ankamen,[2] um im Namen des Kurfürsten Johann Friedrich die Führung einer „gegengarde zu erreddung der sassischen staedte" zu übernehmen. Graf Christoph von Oldenburg plante schon damals die Wiedereroberung von Minden,[3] und auch der Kurfürst zeigte guten Willen, indem er sich erbot, dem Entsatzheere mit 10 000 Gulden „Laufgeld" zu helfen.[4] Die energische Haltung ihres fürstlichen Bundesgenossen scheint sich im Anfang auch den behutsamen städtischen Vertretern mitgetheilt zu haben, vollends, als gemeldet wurde, daß der Feind mit seiner ganzen Macht vor die Stadt Bremen gerückt sei. Am 24. Februar berichtet der braunschweigische Gesandte von Plauen an seine Stadt, man habe sich mit den Grafen zu einem „ungefehrlichen vorschlag bringen lassen", daß die Grafen in Monatsfrist 3000 Reiter und 7000 Fußsoldaten aufstellen wollten. Dafür seien von den Städten in derselben Zeit 100 000 Gulden zu leisten. Die Versammelten versprachen, den Vorschlag ungesäumt nach Hause zu bringen und daselbst tunlichst zu fördern.

Noch bevor jedoch die neuen Instruktionen aus der Heimat gekommen waren, wurde die Magdeburger Beratung in Braunschweig weitergeführt. Hierhin entbot man auch die Vertreter von Goslar, Hildesheim, Göttingen und Hannover. Die Braunschweiger Akten führen uns anschaulich die Verhandlungen dieses braunschweiger Städtetages vor Augen. Anfang März 1547 kam der Bremer Sekretär Jodocus Gercken und überreichte der Versammlung das dringende Hilfegesuch seiner Stadt:[5] „man möchte samptlich und ilich darto doen." Die Lage Bremens sei äußerst gefährdet, Hilfe erscheine sehr nötig, aber die „Gegengarde" komme nur allzu langsam von der Stelle, auch seien die bisherigen Anschläge viel

[1]) Brschw. Archiv XVII. Undatiert, wohl jenem Gesandten-Berichte s. S. 27 Anm. 3 angefügt.

[2]) Brschw. Archiv XVII. Protokoll des Magdeburger Tages.

[3]) Brschw. Archiv XVII. v. Plauen an Braunschweig, 20. Febr.

[4]) Brschw. Archiv XVII. v. Plauen an Braunschweig, 24. Febr.

[5]) Brschw. Archiv XVII. Protokoll von Braunschweig.

zu gering. Trotz dieser Ermahnung trat gerade damals aus Gründen, die wir nicht kennen, in den Verhandlungen zu Bremens Unterstützung ein allgemeiner Stillstand ein. Während Bremen und Hamburg auf rasche Hilfe drangen, hielten die übrigen Städte tagelang über gleichgiltige Fragen Erörterungen ab, so unter anderem darüber, ob die Bremer Hilfe eine allgemeine an den Bund zu nennen oder als eine Partikularunterstützung der Stadt Bremen anzusehen sei. Schließlich wurden die Gesandten der bedrängten Hansestadt ersucht, den Sitzungssaal zu verlassen. Im engeren Rat regte dann der hamburgische Gesandte an, ob es nicht rätlich sei, bei der Unsicherheit der fürstlichen Versprechungen auch den Weg des Vertrages in Erwägung zu ziehen, „dewile up desulwe angemodete handlung [Johann Friedrichs Hilfe] nicht sunderlich to buwen." Die Räte des Königs von Dänemark und Heinrichs von Mecklenburg wären bereit, deshalb beim Kaiser anzufragen. Die Akten melden uns nicht, wie dieser Antrag aufgenommen worden ist; denn ehe noch weitere Beratungen stattfinden konnten, trat abermals eine Wendung ein. Vom Hamburger Rat kam der Bote zurück und zeigte an, „die herrns hebben sick umb reysig und fothvolk beworven und 6 scheppe segelrede verordnet; alles up erfordern der von Bremen"; die übrigen Städte würden wohl nicht zurückstehen, doch möge man nicht unterlassen, auch die Fürsten zum Beistand aufzurufen, besonders Unterstützung mit Reitern scheine erwünscht. Auch von Johann Friedrich kam an die Städte damals eine neue Mahnung zu kräftiger Hilfe.[1] Schließlich, am 21. März, wurde auf Befürwortung des Hamburger Vertreters folgender Anschlag zur Hilfe für Bremen in Beratung genommen: Hamburg, Bremen und Magdeburg stellen je 1000 Knechte, Hamburg 100, die beiden anderen je 50 Reiter, die vier kleineren Städte entsprechend weniger. Doch nicht allein die Zahl der Truppen wurde festgesetzt, man traf schon hier Verabredungen über den Ort, wo man zusammenkommen wolle: ein Platz an der Leine war dazu ausersehen, so gelegen, daß alle städtischen Abteilungen in 2 bis 3 Tagen dahin gelangen konnten; sogar zwei Straßen nach Bremen wurden vorgeschlagen, auf denen von dem Sammelplatze aus vorzurücken sei.

---

[1]) Brschw. Archiv XVII. Johann Friedrich an Braunschweig, 19. März.

Doch noch einmal wurde die feste Vereinbarung zwischen den Städten und den beiden Grafen von Mansfeld und von Oldenburg vereitelt durch die Uneinigkeit der Städte untereinander und durch das Mißtrauen, welches sie von Anfang an den Grafen entgegenbrachten. So geschah es, daß erst nach längeren Beratungen, am 2. April, zwischen Grafen und Städten ein neuer Vertrag zustande kam,[1] der sich in der Hauptsache auf die vor nunmehr fast 2 Monaten zu Magdeburg gefaßten Beschlüsse gründete. Danach erboten sich die Städte — diesmal auch Bremen — zur Befreiung der belagerten Stadt 1000 Gulden baar und 21 950 Gulden, zur Ausrüstung von Reitern und Knechten, beizutragen. Ferner wollten sie einen Monat lang 300 Pferde und 2800 Knechte unterhalten, allerdings mit der Einschränkung, daß die Kosten für diese Mannschaften von den Geldbeiträgen abgerechnet würden. Bremen machte sich außerdem anheischig, alles zu thun, was in seinem Vermögen stünde. Über ihre Verpflichtung hinaus erbot sich die Stadt Hamburg, noch weiterhin die Elbmündung zu überwachen und Bremen mit Schiffen zu unterstützen.

Die Grafen hatten anfangs auch an diesen Angeboten allerlei auszusetzen:[2] Zunächst hoben sie richtig hervor, daß eine Unterstützung des Heeres aus dem belagerten Bremen doch schlechterdings bedeutungslos sei; außerdem seien die Anschläge für die Reiterei viel zu gering bemessen. Besonders unzufrieden war der Mansfelder darüber, daß die Städte vorhätten, den Sold für ihre eigenen Truppen von der allgemeinen Geldhilfe abzuziehen: „Was bleibt denn da noch übrig? Man wird ja sehen, wohin das führt!" Johann Friedrich ermahnte in mehreren Schreiben die Städte zur Fügsamkeit.[3] Erst nach weiterem Hin- und Herreden ist man, wie es scheint, zu einem Einverständnis gelangt.

So lange währte es bei dem Mißtrauen zwischen den Städtern und ihren gräflichen Bundesgenossen bis eine Einigung zustande kam. Auch jetzt noch erwogen die Städte den Gedanken, den Oberbefehl über ihre Truppen einem anderen

---

[1]) Bremer Archiv XVII. Vertrag, 31. März den Grafen vorgelegt, 2. April von ihnen genehmigt.

[2]) Bremer Archiv XVII. Antwort des Grafen auf den städt. Anschlag, undatiert.

[3]) Bremer Archiv XVII. Kanzler Bruck 18. März, und Johann Friedrich 25 März an die Städte.

Führer zu übertragen. Sie mochten wohl einsehen, daß eine bedeutende Persönlichkeit an der Spitze ihres Heeres dem Unternehmen von Anfang an mehr Erfolg verbürgen würde. So richteten sie ihre Blicke auf den Landgrafen Philipp von Hessen, der nach einem tatenlosen Winter gerade damals zu neuem Kampfe für die evangelische Sache Vorkehrungen zu treffen schien. Ihm kam das Angebot der Städter durchaus nicht ungelegen. In allen seinen Briefen an die Städte tritt sein lebhaftes Interesse an ihren Angelegenheiten zutage. Immer wieder beteuerte er, wie gern er ihnen helfen würde;[1] Drei Gründe hielten ihn schließlich doch davon ab: die Besorgnis vor seinen Gegnern in der Heimat, den unruhigen hessischen Adligen, dann die Nähe der kaiserlichen Truppen, endlich die unermüdlichen Vermittlungsvorschläge der Kurfürsten Moritz und Joachim. Dem Landgrafen schien es geboten, sein Land nicht ganz von Truppen zu entblößen. Aber wir können wohl vermuten, daß Philipps Ratschläge die ganze Zeit hindurch nicht ohne Einfluß auf die norddeutschen Verhältnisse gewesen sind. Am 23. März riet er den Seestädten dringend an, ihre Kräfte auf den Entsatz Bremens zu concentrieren, „weil der Verlust dieser Stadt ein großer Schade für die evangelische Sache sein werde; aber auch falls der Feind Bremen eroberte, sollten sie standhaft ausharren.“ Mitte April wieder empfahl Philipp den Städten, „die plaetze in Braunschweig wol besetzt zu halten, denn der Feind hat wenig geschutz.“ „Wenn dann,“ äußert er einandermal, „von außen der Turck oder Franzos kommen, wird man vielleicht noch zu einem leidlichen Vertrage gelangen.“ Am 8. Mai endlich schreibt der Landgraf: „man wird bei Bremen viel zu thun haben, die Feinde sind zahlreich, darum beobachtet bevor ihr von Lafferde — dem Sammelplatz der Städte — vorstoßt, wo der Kaiser den Kopf hinwendet, damit er euch nicht in den Rücken fällt.“ Wenn die Städte schließlich auch nicht mehr auf Philipp selbst rechneten, so hofften sie doch auf Unterstützung durch ein landgräfliches Reitercorps.[2] Deshalb

---

1) Brschw. Archiv XVII. Die folgenden Äußerungen sind den Briefen Philipps an die Städte entnommen, 23. März, 12., 13., 15., 23. April und 6. Mai.

2) Brschw. Archiv XVII. Die Städte an Philipp, 7. April; die Grafen an Philipp, undatiert.

richteten sie mehrere Anfragen an ihn und forderten zuletzt mit drohenden Worten. Wirklich hat Philipp in letzter Stunde eine stattliche Reiterschaar unter Georg von der Malsburg abgesandt, indeß, als die Reiter ankamen, war die Entscheidungsschlacht schon geschlagen. So konnte im niederdeutschen Volke wohl der Verdacht aufkommen, Landgraf Philipp sei zum Verräter an der evangelischen Sache geworden, wie wir dies in einem dramatischen Spiele aus jenen Tagen lesen.[1]

Indessen war auf dem bremer Kriegsschauplatze am Tage nach dem Abmarsche des kaiserlichen Heeres, dem 1. April, die Flotte der Hamburger angelangt. Das kleine Geschwader bestand aus 7 „weldigen boiers", 6 großen und einem kleinen, mit je 50 Mann Besatzung, dazu 325 Mann Schiffsvolk.[2] Die Bremer kamen den Freunden mit 3 Rennschiffen entgegengefahren.[3] Die Hilfe der Hamburger Bundesgenossen erwies sich in der That als sehr wirksam. Der Flotte wurde die wichtige Aufgabe, dem abziehenden Feinde zu Wasser und zu Lande die Zufuhr abzuschneiden. Der kaiserliche Heerführer Christoph von Wrisberg war dadurch genötigt, auf großen Umwegen abzurücken und in beträchtlicher Entfernung von der Stadt sein Lager aufzuschlagen. So hatten die Bremer fast 3 Wochen lang Ruhe vor feindlichen Angriffen. Noch größere Bedeutung gewann die Anwesenheit der Hamburger Flotte, als es sich darum handelte, die Stadt vor dem Grafen Anton von Oldenburg zu schützen. Der Graf war, anders als sein Bruder Christoph, ein rühriger Gegner des Evangeliums und suchte der protestantischen Sache mit allen Mitteln Abbruch zu thun.

Viel drohender wurden seine Angriffe für die Bremer erst, nachdem der Oldenburger sich Anfang April in den Besitz des festen Schlosses Delmenhorst gesetzt hatte und von hier aus der Stadt nach Kräften zu schaden suchte. Die volle Bedeutung der Hamburger Hilfe trat besonders seit dem 19. April zutage, als der Feind von neuem mit großer Streitkraft vor Bremens Thoren erschien. Die Kaiserlichen konnten diesmal nicht wieder ihr Lager im Norden der Stadt aufschlagen, sondern waren gezwungen, auf dem weit

[1]) Ehmck, dramatisches Gedicht über die Schlacht bei Drakenburg, im Bremer Jahrbuch für Geschichte und Altertumskunde. I 1 f.

[2]) Mitteilungen des Vereins für Hamburgische Geschichte IX 82, VIII 175.

[3]) Hortleder II 393.

ungünstigeren Boden im Süden Stellung zu nehmen. Ihr Führer war jetzt der Herzog Erich von Braunschweig, ein feuriger junger Herr, der erst seit kurzem in kaiserlichen Diensten stand und sich durch eine rasche glänzende That die Sporen zu verdienen gedachte. Er besaß nach seiner Vereinigung mit Wrisberg ein recht stattliches Heer von 8 bis 9000 Mann. Was aber seinen Angriff besonders gefährlich erscheinen ließ, waren die zahlreichen schweren Geschütze, welche man in Celle geliehen hatte.[1] Schon vom Heranmarsche aus forderte Erich bedingungslose Unterwerfung der Stadt. Als eine zuversichtliche abweisende Erwiderung kam, schritt der Herzog sofort zum Angriffe. Auf beiden Seiten der Weser errichtete man feste Stellungen und führte die schweren Geschütze gegen die Stadt heran; Wrisberg schlug sein Lager bei Harpstedt links von der Weser auf, Erich das seine am anderen Ufer, im sogenannten „neuen Lande." Unter dem Eindrucke dieser umfassenden Vorbereitungen verdoppelten die Bremer ihre Bemühungen bei dem Städtetage in Braunschweig. Bald aber wurde man im Lager sowohl wie in der Stadt gewahr, daß die großen Zurüstungen des kaiserlichen Feldherrn nicht den entsprechenden Erfolg hatten. Die Belagerung verstrich zwischen raschen Entwürfen und träger Unentschlossenheit. Nur einmal, es war am 8. Mai, wurde das Einerlei des Lagerlebens durch die Freudenbotschaft unterbrochen, daß Kaiser Karl bei Mühlberg seinen Gegner Johann Friedrich besiegt und gefangen hätte.

Herzog Erich lagerte bereits fast vier Wochen vor Bremen, als endlich auch die protestantischen Gegenrüstungen ihren Abschluß erreichten. Das Heer, welches die Aufgabe lösen sollte, Bremen zu befreien, setzte sich aus drei verschiedenen Contingenten zusammen: zunächst aus den Söldnern der Grafen Mansfeld und Oldenburg, sodann aus dem Aufgebot der norddeutschen Städte und endlich aus dem Corps, das vom sächsischen Kurfürsten zu Hilfe gesandt wurde.

Graf Albrecht von Mansfeld hatte für kurze Zeit seine Stammlande aufgesucht. Hauptsächlich mit städtischen Geldern wurde von ihm ein kleines Truppenkorps von 3 bis 4 Fähnlein zusammengebracht, das unter dem Befehle der beiden Grafen quer

[1]) Brschw. Archiv XVII. Bürgermeister Hagen aus Gandersheim an Braunschweig, 14. Mai.

durch die goldene Aue, über Nordhausen und Catelnburg nach Northeim zog. Nicht weit davon, in der Gegend von Eimbeck, vereinigte man sich mit dem städtischen Haufen.[1]

Die Städter waren im Laufe des April auf der „Langenwisch“ bei Lafferde zusammengekommen, einem für Heeresversammlungen beliebten Platze, mitten zwischen Braunschweig und Hildesheim gelegen.[2] Von dem ganzen städtischen Bunde waren außer den zwei benachbarten Städten Braunschweig und Hildesheim nur Hamburg und Hannover vertreten. Lübeck, Lüneburg und die kleineren Städte hielten sich fern; die Stadt Magdeburg mußte noch in letzter Stunde ihr Fähnlein zurückrufen, weil der Kaiser sich der Elbfestung bedrohlich genähert hatte.[3] Auch die Hildesheimer zeigten nicht übel Lust, ihr Hilfskorps nach Hause zu führen, allein Braunschweig verhinderte es noch rechtzeitig.[4] Im Lager verstrich die Zeit unter kleinen Raubzügen in das benachbarte Gebiet Herzog Erichs; der Rat dazu war von den belagerten Bremern ausgegangen, um den Herzog von ihrer Stadt fortzuziehen.[5] Anfang Mai führten Erichs Drost und Räte zwischen Deister und Leine bei der Stadt Braunschweig Klage über die Räubereien der städtischen Söldner vom Lager aus.[6]

Die Gesammtstärke des städtischen Heeres betrug 6—8 Fähnlein Knechte und 3—400 Reiter, wozu die Stadt Hamburg weitaus die Hauptmasse gestellt hatte, eine Thatsache, die in neueren Darstellungen nicht genügend hervortritt, wogegen ihr die Zeitgenossen stets Rechnung getragen haben.

Wie uns die gleichzeitige Chronik der Hamburger hansischen Jahrbücher berichtet, wurden am 14. April zu den bestehenden 3 Fähnlein Knechte 2 neue angeworben; dazu kamen ein Fähnlein Reiter und 6—8 Geschütze.[7] Die Landsknechtsfähnlein waren je

1) Brschw. Archiv XVII. Bremen an die Städte, Mittwoch nach Quasimodo.
2) Tratziger S. 288. Hortleder II S. 393.
3) Chroniken S. 334, Hortleder I S. 1236. Falsch berichten: v. Langenn, Moritz von Sachsen I S. 311, und v. Bezold, Geschichte der deutschen Reformation S. 792. — Brschw. Archiv XVII. Magdeburg an Braunschweig, Sonntag Cantate.
4) Brschw. Archiv XVII. Braunschweig an Hildesheim, 11. Mai.
5) Brschw. Archiv XXI. Bremen, 25. April (?), an Hamburg und Braunschweig.
6) Brschw. Archiv XXI. Drost und Räte, Sonnabend nach Misericordiae.
7) Kämmerei-Rechn. VI S. 287 und Tratziger S. 288, Anm. 3.

250 Mann stark und bestanden nach den hamburgischen Berichten zum großen Teile aus Schiffern, „boesluden", wie sie genannt werden.[1] Ein Schiffer, Claus Lange mit Namen, war einer der Hauptleute, neben ihm Jakob Hynske aus Lüneburg und ein gewisser Jakob von Nürnberg; an der Spitze des ganzen hamburgischen Heeres stand der erprobte Söldnerführer Cord Penninck, der vor einigen Jahren von Karl in des Reiches Acht gethan war und später seinen Wohnsitz in Hamburg aufgeschlagen hatte.[2]

Das Hamburgische Heer verließ am 29. April die Mauern der Stadt, überschritt bei Eyßlingen die Elbe und marschierte von hier in 2 Tagemärschen nach Lafferde, dem Sammelplatze der Städte. Den Heranziehenden wollte Wrisberg von Bremen aus mit 600 Reitern den Weg verlegen; er hatte sie aber verfehlt.[3]

Von ihrem gemeinsamen Lagerorte zogen die städtischen Abteilungen am 12. Mai südwestlich auf Gandersheim.[4] Und hierhin kam am 14. Mai auch die dritte und weitaus stärkste Abteilung des Ersatzheeres, das Truppencorps unter dem kursächsischen Obersten Herrn Wilhelm von Thumbshirn; man traf in der Nähe von Eimbeck zusammen. Der Sachse führte 6—700 Reiter und nicht weniger als 13 Fähnlein Knechte mit sich;[5] seine numerische Überlegenheit ist in früheren Darstellungen nirgends genügend hervorgehoben: Der Oberst hatte vor der Mühlberger Katastrophe die Regimenter an der böhmischen Grenze befehligt. Anfang Mai war ihm von den Räten des gefangenen Kurfürsten, die sich nach der Feste Grimmenstein geflüchtet hatten, der Befehl erteilt worden, den norddeutschen Verbündeten zuhilfe zu ziehen.[6] Der Marsch nach der Harzgegend war für die sächsischen Truppen nicht ohne Schwierigkeit und Gefahr gewesen, denn Kurfürst Moritz und nach ihm sein Bruder August und Pierro Colonna hatten vom Kaiser

---

1) Chroniken S. 47 und Tratziger S. 288.

2) (Lappenberg) Cord Penninck, der hamburgische Oberst. Zeitschrift für hamb. Geschichte V 32 f.

3) Tratziger S. 288/9.

4) Brschw. Archiv XVII. Hagen an Bremen.

5) Ebenda, ferner: Beck, Johann Friedrich der Mittlere. Leipzig 58, Band II S. 167 und 186.

6) Brschw. Archiv. Sächsische Räte an die Städte. Braunschweig, Sonntag Cantate.

den Auftrag erhalten, dem sächsischen Heerhaufen den Weg zu verlegen.[1] Trotzdem gelang es dem geschickt marschierenden sächsischen Befehlshaber, ohne Schaden auf befreundetes Gebiet zu kommen; wir hören, daß sein Kriegsvolk schließlich sehr unlustig und widerwillig war, „von wegen, daß sie in langer zeit nit bezahlt wurden.“[2]

Gleich, nachdem sich die kursächsischen Truppen mit den städtischen vereinigt hatten, stießen auch die beiden Grafen zu ihnen. In den zeitgenössischen Berichten spiegelt es sich wieder, daß mit der Ankunft des sächsischen Feldherrn beim Bundesheere ein neuer frischer Zug in das Unternehmen der Evangelischen gekommen war: das protestantische Heer gab sofort die nutzlosen Plündereien auf und zog nunmehr geradeswegs durch das Amt Lauenstein nordwärts; zwischen Elze und Gronau wurde am 19. Mai ein Lager aufgeschlagen, von hier marschierte man am 21. Mai weiter, die Straße über Hannover und Langenhagen verfolgend.[3] Bei ihrem Marsche durch Erichs Lande machten die Protestanten bald hier bald dort feindliche Einfälle.

Immer häufiger kamen die Nachrichten von diesen Verwüstungen Herzog Erich zu Ohren. Mißmut hierüber und Überdruß an der langwierigen Belagerung brachten den Herzog zu raschem Entschlusse. Nach kurzem Kriegsrat mit seinem Genossen Christoph von Wrisberg beschloß Erich, die Belagerung aufzuheben und dem protestantischen Heere entgegen zu ziehen. Am frühen Morgen des 22. Mai brach er von Bremen auf.[4] Die kaiserlichen Heere marschierten getrennt, auf beiden Seiten der Weser, um sich nicht gegenseitig im Fouragieren zu hindern. Als Sammelplatz war für den Abend des 22. Mai der Ort Hoya an der Weser ausersehen. Erich kam auf dem festen Marschboden des linken Ufers ohne Aufenthalt vorwärts, während Wrisberg auf der anderen Seite im Sande mit seinen Geschützen nur äußerst langsam weiterrücken konnte. Zudem brach am Morgen des zweiten Tages in Verden, als die Aller überschritten werden sollte, im Heere Wrisbergs eine Meuterei aus: die Mann-

[1]) Venetianische Depeschen a. a. O. II S. 275 f.

[2]) Brschw. Archiv XVII. Heym an Bremen, 18. Mai.

[3]) Rehtmeyer Chronik der braunschw. Herzoge (1722). S. 800.

[4]) Hortleder II 393 f. Lossius, Gedächtnis des Kriegsobersten von Wrisberg, 1742.

schaften verlangten stürmisch den ausstehenden Sold. Da erkannte der kaiserliche Oberst, daß er den verabredeten Lagerplatz nicht mehr rechtzeitig werde erreichen können, vollends, als von Herzog Erich, der inzwischen die Weser überschritten hatte, die Weisung kam, am Abend des 23. Mai noch weiter aufwärts, als anfangs beabsichtigt war, bei Drakenburg, einzutreffen. Und doch schien eine rasche Vereinigung der beiden Haufen gerade jetzt von größter Bedeutung zu sein, denn die Nachrichten vom Feinde lauteten immer drohender. Ja, man erfuhr durch Kundschafter, daß die Protestanten vorhätten, sich zwischen beide Haufen zu werfen und zunächst des Wrisbergers Truppen anzugreifen. Vergeblich suchte Wrisberg durch persönliche Vorstellungen seinen Mitfeldherrn zum Warten zu bewegen. Der alte Kriegsmann mußte schließlich unverrichteter Sache zu seinen Truppen zurückreiten, um sie zu höchster Eile anzutreiben. Unterdessen rückte Erich weiter, vielleicht in Hoffnung, den Feind allein zu überwältigen und die Ehre des Tages für sich davon zu tragen.

Bei dem Vorwärtsdrängen des Braunschweigers und der unmittelbaren Nähe des Feindes schien es jetzt sofort zum Kampf kommen zu müssen. Doch wären die beiden Heere beinahe noch in letzter Stunde unbemerkt aneinander vorbeigezogen.[1] Die Truppen der Evangelischen hatten nämlich am Morgen des 23. Mai eine Straße eingeschlagen, die einige Meilen östlich von der ihrer Gegner geradeswegs auf Bremen führte. Aber als Mansfeld, um 4 Uhr morgens, von dem Dorfe Rodewalt aufbrach, sah er sich durch einen starken Verhau der Rodewalder Bauern für mehrere Stunden aufgehalten,[2] und während dieser Verzögerung kam die Kunde, daß Herzog Erich sich auf dem Marsche nach Drakenburg befinde. Im nächsten Dorfe stieß die protestantische Vorhut auf eine „seitengarde" des Feindes: „etzliche" wurden gefangen, andere entkamen. Andererseits erfuhr Herzog Erich erst dadurch, wie nahe man einander gekommen war. Das protestantische Heer änderte sofort seinen bisherigen Marsch auf Bremen und schwenkte gegen Drakenburg ab. Hier hatte Erich

---

[1]) Aus der neueren Litteratur über die Drakenburger Schlacht nenne ich: von Langenn, Moritz von Sachsen. I S. 311. Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Hannover. I S. 375 ff.

[2]) Brschw. Archiv XVII. Mansfelds Generalbericht. Sonntag Exaudi.

ein festes Lager bezogen, nachdem ihm seine Kundschafter berichtet hatten, daß der Gegner ihm überlegen sei. In dieser gesicherten Stellung wollte er verharren, bis Wrisberg herankäme.

Die Stärke der beiden Heere, die jetzt im Begriffe standen, sich zu messen, wird sehr verschieden angegeben. Die Protestanten berichten, daß das Heer der Gegner größer gewesen sei, als das eigene. Aber wie die Armeelisten zeigen, lag das Verhältnis vielmehr umgekehrt. Mit 6—7000 Knechten und 24 Geschützen waren die Protestanten etwa um $^1/_3$ stärker als die Kaiserlichen: nur an Reiterei war Erich mit 1600 Pferden dem Gegner überlegen, doch das wollte im hügeligen Gelände an der Weser wenig bedeuten. Dafür konnte freilich die Stellung, welche Erich gewählt hatte, um seinen Mitfeldherrn zu erwarten, für den Augenblick sehr günstig genannt werden. Die Truppen des Braunschweigers standen auf dem Rücken eines langgestreckten Hügels, des sogenannten Kröpelbergs, und hatten in der rechten Flanke die Weser. Zudem hatten die Protestanten, als sie um 3 Uhr nachmittags durch einen langen anstrengenden Flankenmarsch in die Nähe des Feindes gekommen waren, Sonne und Wind im Gesicht.[1]

Wie unter den protestantischen Führern das Oberkommando geordnet war, ist nicht überliefert. Allem Anscheine nach haben die beiden Grafen auf dem Marsche und in der Schlacht die Leitung innegehabt. Am Beginne des Treffens wollten die Protestanten den Feinden Sonne und Wind abgewinnen. Sie versuchten das zunächst durch einen Reiterangriff[2] und ließen dann eine Salve aus dem groben Geschütz folgen; allein, weil beides ohne Wirkung blieb, ging nunmehr das Fußvolk der Protestanten im Sturmschritte zum Angriffe vor; unter den Klängen eines Chorals näherten sie sich der feindlichen Schlachtreihe: voran die Prädicanten und die zwei Grafen, hier der von Mansfeld, hoch zu Rosse, dort der Oldenburger, wie ein gemeiner Knecht die Lanze schwingend. Noch hatten die Anstürmenden den Fuß des Hügels nicht erreicht, da ließ Erich das Feuer aus seinen 17 Geschützen auf ihre Reihen niedergehen. Weil aber die Kanonen zu hoch gerichtet waren, thaten sie den Anrückenden nur wenig

---

[1]) Ebenda und Hagens Briefe an Braunschweig, 24. Mai, vom Schlachtfelde.
[2]) Hortleder II S. 458. Lied über die Schlacht.

Schaden. In diesem kritischen Augenblicke wandte sich der Wind, der vorher den Protestanten entgegen gewesen war, und trieb die Staubwolken der anstürmenden Massen den Katholiken ins Gesicht.[1] Die Protestanten sahen darin ein göttliches Wunder. Unaufhaltsam drangen sie vorwärts, den Hügel hinauf, erreichten den Kamm der Höhe, und jagten den bestürzten Gegner in wilder Flucht hinunter. Nur wenige Reiter, unter ihnen Erich selbst, retteten sich durch die Weser: alles übrige wurde gefangen genommen oder fand seinen Tod in den Wellen der Weser.

Die Größe und Schnelligkeit des Sieges muß schon der folgenden Generation fast als ein Wunder erschienen sein. Man suchte bald nach einer Erklärung und fand sie in einem Flankenangriffe, der gleichzeitig mit dem Hauptansturm erfolgt sein sollte, um den Katholiken den Rückzug zu versperren. Als Leiter dieser entscheidenden Bewegung wird bald Brun von Bothmer, bald Cord Penninck, der hamburgische Führer, genannt.[2] Indes weder die Briefe des erstgenannten noch die gleichzeitigen Chroniken wissen etwas von einem solchen Angriffe zu berichten. Dagegen sagen zuverlässige Quellen, daß die Hamburger den Hauptansturm eröffnet hätten: ihr Oberst, Cord Penninck, wird in allen Beschreibungen der Schlacht in erster Linie neben den beiden Grafen genannt. Bei Sleidan heißt die Drakenburger Schlacht geradezu ein Angriff Erichs auf die zum Entsatze von Bremen herbeirückenden Hamburger.[3]

Unsere Darstellung hat Christoph von Wrisberg verlassen, als er nach vergeblichen Versuchen, seinen Mitfeldherrn zum Warten zu bewegen, unverrichteter Sache zu seinen Truppen zurückgeeilt war. Im raschesten Marsche auf eben der östlichen Straße weiterziehend, die am Morgen die Protestanten hatten einschlagen wollen, stieß Wrisberg bei dem Dorfe Hassel auf den Troß der Gegner. Mühelos wurden die beiden Schutzfähnlein niedergeworfen und das reiche Gepäck nebst Kriegskasse erbeutet.[4] Hamburg büßte dabei allein 14 556 ℔ ein.[5] Im Abenddämmern rückte Wrisberg bis nahe an das Schlachtfeld heran, in der Absicht, seinem Mitfeldherrn

---

1) Chroniken S. 335.
2) Rehtmeyer a. a. O. S. 799. Spangenberg a. a. O. S. 189.
3) Sleidan S. 342.
4) Lossius a. a. O. mit argen Übertreibungen.
5) Kämmerei-Rechn. VI S. 287/8.

zu helfen oder allein das Treffen wiederherzustellen. Flüchtlinge berichteten ihm von der Niederlage der Kaiserlichen. Da beschloß Wrisberg im Dunkel der Nacht davonzuziehen und machte sich auf den Weg nach Friesland. Im protestantischen Lager hatte man Wrisbergs Heer für weit stärker gehalten und mit den ermüdeten Truppen keinen Angriff gewagt:[1] ja, man fürchtete die ganze Nacht hindurch und noch am nächsten Morgen einen Vorstoß von der Gegenseite.[2] Erst am folgenden Tage wurde der wahre Sachverhalt bekannt: „haetten wir das besser gewusst,“ schreibt Mansfeld, „so sollten wohl von Wrisberg wenige entronnen sein.“ [3]

Herzog Erich hatte sich alsbald nach der Katastrophe zum Kaiser nach Halle begeben, um über des Wrisbergers, wie er es nannte, verräterisches Verhalten in der Schlacht Klage zu führen. Als der Angeschuldigte eintraf, wäre es fast zum Zweikampfe zwischen beiden gekommen. Das Gerede vom Verrate Wrisbergs, das bald nach der Schlacht auftauchte, hat noch lange weitergelebt, bis in neuere Darstellungen hinein.[4]

Der erste Erfolg der Schlacht war sehr bedeutend: 2800 Mann waren gefangen und ebensoviele getötet worden. Alle 17 Geschütze fielen in die Hände des Siegers. Die Gefangenen wurden entlassen, nachdem sie eidlich versichert hatten, binnen 4 Monaten keinen Kriegsdienst gegen die Protestanten zu thun.[5]

Groß war der Eindruck der Drakenburger Schlacht bei Freund und Feind. Der sächsische Führer Thumbshirn ließ zum Gedächtnisse der Schlacht eine silberne Denkmünze schlagen. Sein Anteil an der Schlacht mit einer so stattlichen Heeresmacht mag den Bewohnern Niederdeutschlands halb mythisch erschienen sein. In mehreren zeitgenössischen Quellen lesen wir vom wunderbaren Eingreifen der „Thomasherrn“, ja, dieser Ausdruck findet sich noch in einer Darstellung des vorigen Jahrhunderts. Noch lange pflanzte sich das Gedächtnis der Drakenburger Schlacht in den Kreisen des

---

1) Brschw. Archiv XXI. Briefwechsel zwischen Braunschweig und Hildesheim. 24. und 25. Mai.

2) Brschw. Archiv XXI. Briefe von Hagen und Bothmer an Braunschweig.

3) Brschw. Archiv XVII. Mansfelds Generalbericht.

4) Schon Spangenberg a. a. O. S. 192, zweifelhaft äußert sich Egelhaaf Geschichte der deutschen Reformation II S. 489.

5) Brschw. Archiv XVII. Hagen an Bremen, 24. Mai.

niedersächsischen Volkes fort. Im Jahre 1604, so wird uns berichtet, haben alte Bauern aus der hamburgischen Gegend vor Gericht ihr Alter danach festgestellt: „zur Zeit jener großen Schlacht, als wir Gänsejungen waren.“[1]

Und doch, wie unbedeutend waren die politischen Folgen des protestantischen Sieges. Eine Zeit lang mochte es so scheinen, als sei jetzt für die Norddeutschen noch einmal der Augenblick gekommen, mit dem Landgrafen von Hessen in Verbindung zu treten.[2] Wir hören von einem neuen Briefwechsel zwischen dem Fürsten und den Städten. Mansfeld brach sogar Anfang Juni nach dem Süden auf, um sich am Harz mit Philipp zu vereinigen. Allein bald darauf nahm der Landgraf seine Verhandlungen mit dem Kaiser wieder auf, und das Heer Mansfelds zersplitterte sich in nutzlosen Unternehmungen.

Kaiser Karl glaubte wohl anfangs, seine Pläne durch den protestantischen Sieg durchkreuzt zu sehen. Unter dem ersten Eindrucke der Nachrichten von Drakenburg schreibt er an seinen Bruder Ferdinand,[3] die Städte würden nach diesem Erfolge noch hartnäckiger sein, ... sie würden ihm viele Mühe machen, denn sie wären wohl an Reiterei überlegen. Aber schon bald darauf war man in des Kaisers Umgebung anderer Meinung: „S. Maj. beabsichtigt, auf Ulm zu marschieren,“ so schreibt des Kaisers Vertrauter, der Bischof von Arras, an die Königin Maria, „die sächsischen Städte hinter sich zurücklassend, denn sie sind stark und arm und es würde zuviel Zeit erfordern, sie nach einander zu erobern, und täte man es, so würden sie nicht einmal dazu dienen können, um aus ihren Mitteln die Kriegskosten zu bestreiten.“ Uebrigens scheint eine sofortige Unterwerfung garnicht erforderlich, denn „ihre Rebellion kann der Abhaltung eines Reichstags nicht im Wege stehen“.[4]

In der That eröffneten noch im Laufe des Sommers fast alle norddeutschen Städte ihre Friedensverhandlungen mit dem

---

1) Hortleder II S. 458, ferner: Zeitschrift für hamb. Geschichte V S. 574, Mitteilungen des Vereins für hamb. Geschichte IX 84.

2) v. Rommel, Philipp der Großmütige. Urk. Band III Nr. 57 und Bremer Archiv XXI. Mansfeld 13. Juni an Braunschweig.

3) Lanz a. a. O. II S. 574.

4) v. Druffel, Briefe und Akten zur Geschichte des XVI. Jahrhunderts I S. 61. Juni 20., Halle.

Kaiser, als erste die Stadt Hamburg. Wir sahen, wie sich die Verbindung der Elbestadt mit den anderen norddeutschen Städten schon seit geraumer Zeit zu lockern begann. Gleich nach der Schlacht bei Drakenburg, als das Ziel der Befreiung Bremens erreicht war, zogen die Hamburger ihre Truppen vom Heere der Verbündeten zurück und nahmen die Friedensunterhandlungen mit dem Kaiser wieder auf, die sie schon im Winter angeknüpft hatten. Die Stadt sah wohl ein, daß ein dauernder Widerstand gegen den Kaiser doch unmöglich sein werde. Die so lange gestörten Handelsverbindungen mochten ihr übriges dazu thun. Hamburg hatte sich hierbei der Vermittlung seines dänischen Schutzherrn bedient.[1] Schon während der ersten Belagerung von Bremen hatte Karl Friedensbedingungen für die Stadt Hamburg an Jobst von Groningen gesandt. Damals überwog in der Stadt noch die kriegerische Stimmung. Die Härte der kaiserlichen Bedingungen und der Wunsch, gemeinsam mit den anderen Städten abzuschließen, schob auch nach der Schlacht die Entscheidung immer wieder hinaus. Der Kaiser forderte außer einer größeren Geldzahlung von 80 000 fl fußfällige Abbitte. Gerade diese letzte Bedingung schien den freien Bürgern Hamburgs besonders hart, zumal da ihr Superintendent Aepin sie als antilutherisch verwarf. Mehrfach waren die Hamburger bemüht, auch den übrigen Bundesstädten durch dänische Vermittlung zum Frieden zu verhelfen.[2] Die norddeutschen Städte, voran Braunschweig, beharrten indes darauf, nur gemeinsam und ohne auswärtige Vermittlung den kaiserlichen Frieden zu erlangen.[3] Allein Karl wußte wohl, daß er größere Vorteile für sich erlangte, wenn er mit jeder Stadt einzeln verhandelte. Als die Stadt Hamburg noch immer zögerte, kam von Dänemark die ernste Aufforderung, nun endlich abzuschließen, man werde sonst die dänische Vermittlung verlieren. So wurden die kaiserlichen Bedingungen angenommen. Lange Zeit konnte sich in Hamburg kein Ratsherr zu dem schweren Gange nach Augsburg entschließen. Endlich erbot sich ein junger, armer Ratsherr, Gerd Niebuhr mit Namen. Mit ihm ging der Syndikus Franz Pfeil und der Sekretär Martin

---

[1] Krabbe, Zeitschrift S. 186 f.

[2] Brschw. Archiv. Friedensverhandlung zwischen Hamburg u. Bremen. XXII.

[3] Abschriften aus dem Hamburg-Bremer Briefwechsel durch Herrn Dr. Macks Vermittelung.

Goebel an den kaiserlichen Hof. Fußfall und Versöhnung geschahen am 20. Juli. Die schwere Geldbuße war nur durch eine Anleihe beim Londoner Kontor zu erlangen gewesen.[1] Karl triumphierte, daß gerade eine der mächtigsten Städte sich zuerst vor ihm gebeugt hatte.[2] Noch im Verlaufe des Sommers folgte eine große Anzahl der Nachbarstädte. Bald waren von allen norddeutschen Städten nur Bremen und Magdeburg unversöhnt übrig geblieben: „es mag sich auch ein ider daran spiegeln, was es sei, wider die obrigkeit streben", so schließt Tratziger seinen Bericht.[3]

Cap. III.

Hamburgs Politik in den Jahren 1548—1550.

„Die freien Städte," so schreibt der Venetianer Mocenigo im Jahre 1548, „sind in Deutschland sehr zahlreich und nach der allgemeinen Meinung, die auch ich teile, von feindseligen Gefühlen gegen Seine Majestät erfüllt. Aber was können sie thun, da sie kein Haupt haben, unter dem sie sich erheben können? Sicherlich nichts, denn sie sind weit von einander entfernt und vermögen nichts insgeheim zu unternehmen, da die Regierung bei fast allen eine Volksregierung ist. Würde eine von ihnen anfangen, etwas gegen den Kaiser zu unternehmen, so liefe sie sicherlich Gefahr, sich zu vernichten, da keine von ihnen befestigt ist und viele voll von Kaufleuten sind, welche einen guten Teil ihrer Kundschaft in Flandern haben, die ihnen bei jedem Verdacht entrissen würde." Mit diesen Worten kennzeichnet der Gesandte Venedigs die Lage der norddeutschen Städte nach dem schmalkaldischen Kriege und ihre Gesinnung gegen das Reichsoberhaupt.[4] Kaiser Karl hatte, um die Früchte seines Sieges zu ernten, im Herbste 1547 die deutschen Stände zum Reichstag nach Augsburg entboten, wo er ihnen mit sehr schroffen Forderungen entgegentrat: Der Augsburger

---

[1]) Höhlbaum, Kölner Inventar I, S. 30. Kämmerei-Rechn. S. 288.

[2]) Thuanus a. a. O. IV S. 82.

[3]) Tratziger S. 290.

[4]) Fontes rerum Austriacarum XXX ed. Fiedler, Relationen venetianischer Botschafter. S. 152/3.

Tag erhielt davon den Namen „der geharnischte." Seine Beschlüsse waren besonders gegen die Städte gerichtet und zwar hören wir von einem Aufgebot „wider die Türken" unter Zugrundelegung des den Städten höchst ungünstigen Konstanzer Anschlags. Als zu diesem Zwecke auch von der Stadt Hamburg ein Beitrag gefordert wurde,[1] zog der Rat der Stadt, wie schon einmal im Jahre 1545, die Frage in Erwägung, ob er sich der lästigen Steuer nicht durch Berufung auf die Landstandschaft der Stadt werde entziehen können. Das war allerdings in Widerspruch mit dem bisherigen Verhalten Hamburgs der Krone Dänemark gegenüber, deren Ansprüche man stets unter Hinweis auf seine Zugehörigkeit zum Reiche zurückgewiesen hatte. Karl beruhigte sich nicht bei dieser Antwort. Er übergab die Sache dem Reichsfiskal und durch diesen gelangte sie ans Reichskammergericht. In Speier zog sich dann Jahre lang ein Prozeß zwischen Dänemark und dem Reiche hin, bei welchem die Stadt einen ständigen Vertreter „in causa fiscali" unterhielt.[2]

Auf demselben Augsburger Reichstage erging noch eine andere Verfügung an die Stände des Reiches, das Interim. Weit stärker als jene finanziellen Anordnungen sollte dieses religiöse Gebot die Bürger der Stadt Hamburg erregen. Schon im Winter 1547/48 hatten sich in Norddeutschland die ersten Gerüchte verbreitet, daß in des Kaisers nächster Umgebung der Plan erwogen werde, eine Neuordnung auf religiösem Gebiete durchzuführen.[3] Den Beratungen über die Sätze des sogenannten Interims folgten die norddeutschen Städte mit regem Interesse. Allgemein glaubte man, die Sache werde nicht zustande kommen.[4] Da gelangte Mitte Mai die überraschende Kunde nach Norddeutschland, daß das Interim von den Ständen des Reichs angenommen sei. Alsbald wurden Stimmen laut, die vor den Gefahren und Zweideutigkeiten der neuen Lehre warnten. Mehrere Fürsten von evangelischer und auch von katholischer Seite zeigten ihr Mißfallen

---

1) Regesten verlorner Akten aus dem hamburger Staatsarchive.

2) Kämmerei-Rechn. VI S. 551 ff.

3) Für die folgende Darstellung konnte vornehmlich die an treffenden Bemerkungen reiche Arbeit von G. Schmidt: Aus den Tagen des Interims, Programm, Halberstadt 1874, herangezogen werden.

4) Schmidt a. a. O. S. 4.

an der Zwitterreligion; Melanchthon entschloß sich, ein Bedenken zu schreiben. Besonders lebhaft äußerte sich von Anfang an der Widerspruch in den norddeutschen Städten, wo immer religiöse Fragen einen tiefen Eindruck hervorgebracht hatten. „In religiöser Hinsicht, das ist nur zu wahr, ist man im ganzen Sachsenlande noch sehr hartnäckig . . . Soweit ich Land und Leute kenne, vermag ich mit Sicherheit zu behaupten, daß E. M. in religiösen Sachen nichts erreichen werden, falls der Papst nicht in den zwei Artikeln — Sakramenten und Zeremonien — freie Hand läßt, wie es das Interim verspricht. Fürwahr, die Ruhe und der Gehorsam hängen in Deutschland lediglich von der Religion ab. Ist diese Frage einmal endgiltig erledigt, dann kann E. M. mit Deutschland machen, was sie will." So urteilte in jenen Tagen ein Mann, der die dortigen Verhältnisse vortrefflich kannte.[1]

Zunächst versuchte Karl durch eine Anfrage zu erkunden, wie die norddeutschen Städte in Sachen des Interims gesinnt wären. So ließ der Kaiser am 30. Mai, bald nach Veröffentlichung der Zwischenreligion, ein Schreiben in diesem Sinne an die Stadt Hamburg ergehen.[2] In der gemeinsamen Angelegenheit eröffneten die Städte alsbald einen lebhaften Verkehr miteinander: der braunschweiger Rat befragte verschiedene Nachbarstädte, darunter auch Hamburg, um ihre Meinung.[3] Darauf antwortete der hamburgische Sekretär Ritzenberg unter dem 2. Juli,[4] man erwarte von den niederdeutschen Städten bedingungslose Ablehnung der neuen Lehre. „Das Interim," heißt es, „findet keine ebene Bahn und werden noch Leute sein, die ihre Seligkeit aller Gefahr und Schwachheit vorsetzen und in Betrachtung des ewigen an die alte deutsche Mannheit gedenken!" Dem Kaiser hatten die Hamburger auf eine erneute Anfrage mit Ausflüchten geantwortet, „man habe das Interim bisher noch nicht erhalten."[5] Ein kaiserlicher Bote überbrachte ihnen das Buch und forderte Entscheidung. In einer so gewichtigen Sache glaubten die Ältesten von Hamburg nicht allein

---

[1]) Es ist der kaiserliche Kommissar, Oberst Lazarus v. Schwendi; s. Druffel a. a. O. I 286.

[2]) Reg. verl. Akten aus d. Hamb. Staatsarchiv.

[3]) Schmidt a. a. O. S. 6.

[4]) Schmidt a. a. O. S. 6 Anm. 26.

[5]) Druffel III Nr. 159 XV S. 113.

handeln zu dürfen und suchten auf zwei Seiten Rat, einmal am dänischen Hofe,[1] sodann beim eigenen geistlichen Ministerium.[2] Während ein Bote nach Dänemark ging, richtete der Rath zunächst eine Anfrage an die Theologen. Wie schon einmal, bei Gelegenheit des Friedens mit Karl V., trat auch jetzt der Superintendent Johann Aepinus in den Vordergrund. Er ging mit um so größerem Eifer ans Werk, als er sich im vollen Besitze der Sympathien seiner Mitbürger wußte, während zwischen der Bürgerschaft und dem vorsichtigen, konservativen Rate gerade damals eine gewisse Spannung herrschte. Das scheint aus einigen Artikeln des Recesses, der die bürgerlichen Verhandlungen des Jahres 1548 zum Abschluß brachte, hervorzugehen.[3] Im ersten Artikel dieser Urkunde fordern die Bürger geradezu vom Rate: „oek na erem vermoegende und mit todoende der borger daranne to syn, dat de gemene boerger mit dem Interim nicht beladen und verfoeret werde." Und weiter heißt es im zweiten Artikel: „eth schoellen oek denen boergern alle mandate, schriften an und von Kais. Maj. und andern potentaten in saken des Interims to jeder tid eroepnet und mitgedeelt werden." Wie verhaßt die kaiserliche Zwischenreligion in den Kreisen des norddeutschen Volkes war, das zeigen besonders die Flugschriften und Lieder aus jenen Tagen, die nicht genug Worte finden können, um ihrer Verachtung und ihrem Hasse gegen das Interim und seine Verfasser Ausdruck zu verleihen.[4] „Dat heylose und verflokede Interim, dar gemaket dem keyser und anderen gotlosen fursten und byschoppen to gefallen", mit diesen Worten berichtet der hamburgische Chronist von der neuen Lehre.[5]

Aepin suchte in der „hoechst verantwortlichen sache" die Meinung anderer Theologen. Am 1. Juli sandte er ein Schreiben an seinen Amtsbruder Nicolaus Medler in Braunschweig.[6] Wie

[1]) Kämmerei-Rechn. VI S. 329.

[2]) Brschw. Archiv XXV. Juli. Hamburg an Braunschweig.

[3]) Gallois, Hamburger Chroniken ad. 1548. Hamburg 1861.

[4]) v. Liliencron, die historischen Volkslieder der Deutschen im 13—16. Jahrhundert IV S. 458 (1865—69), ferner das historische Lied, welches Lappenberg, Zeitschrift für hamb. Geschichte II S. 444, abdruckt.

[5]) Chroniken a. a. O. S. 442.

[6]) Brschw. Archiv XXV. Der Briefwechsel der beiden Theologen ist von Andreas Schmidt in seine „Braunschw. Kirchenhistorie" aufgenommen, Beilage zum VI. Teil S. 32.

scharf und richtig der hamburgische Theologe von Anfang an die neue Lehre beurteilte, lesen wir deutlich in diesem Schreiben, es heißt hier: „Lest das Buch mit gehöriger Vorsicht, fallt nicht in die mancherlei Schlingen, wie es leider schon vielen geschehen ist. Gar manches erscheint auf den ersten Blick mit unserem Glauben übereinstimmend. Sieht man aber näher zu, so erkennt man, daß es nur der Wunsch des Urhebers sei, daß der katholische Glauben siegen möge . . . . Das Buch trägt mehr in sich, als gemeinhin auch Theologen ahnen. Achtet besonders auf die „Mitteldinge," die keine solche sind, weil damit falsche und unfromme Meinungen verbunden sind." Auch bei den Reformatoren in Wittenberg, deren Urteil man ein größeres Gewicht beizulegen gewohnt war, haben die Hamburger, wie es scheint, Anfrage getan. Doch die Haltung der sächsischen Theologen behagte den Bewohnern der strenglutherischen Stadt sehr wenig; man gab ihnen das in einem „gesalzenen Briefe" zu erkennen.[1]

Wenige Tage, nachdem Aepin die zustimmende Antwort des braunschweiger Amtsgenossen empfangen hatte, setzte er auf einer Versammlung zu Lübeck durch, daß noch im August ein Tag in Mölln anberaumt würde, damit die wendischen Städte über ein gemeinsames Vorgehen in Sachen des Interims beraten könnten.[2] Lange zögerte Lübeck, das Haupt der wendischen Städte, einen solchen Tag auszuschreiben: man habe noch keine direkte Aufforderung vom Kaiser erhalten, auch wolle man die Rückkehr des Syndikus vom Reichstage abwarten. Endlich gab auch Lübeck nach und setzte eine Versammlung der wendischen Städte zu Mölln auf den 6—8 August fest, zu der ausnahmsweise auch Braunschweig mit den Stimmen von Hannover und Hildesheim Zutritt haben sollte.[3] Indes eine Einigung kam nicht zustande: die Gesandten besaßen keine gleichlautenden Vollmachten, man mußte einen zweiten Tag in Aussicht nehmen. Von gegnerischer Seite ist uns ein Bericht erhalten über die Verhandlungen zu Mölln, der einem Briefe Herzog Heinrichs von Braunschweig an den Kaiser als Anlage beigefügt ist,[4] hier heißt es: „man ist zu Mölln mit

[1]) Wilckens, Hamb. Ehrenspiegel, Artikel: Bugenhagen.
[2]) Schmidt a. a. O. S. 7.
[3]) Schmidt a. a. O. S. 8.
[4]) Druffel I S. 146. 1548 August 29., Wolffenbüttel.

150 Pferden aus den sechs wendischen Städten zusammen gekommen, wobei auch Gesandte aus Bremen und Magdeburg waren. Aepin aus Hamburg war Vorsitzender. Man nannte das Interim eine teuflische Lehre und weigerte sich, sie anzunehmen, der Kaiser zürne oder lache. Man zerriß das Interim, trat es mit Füßen und beschloß Gegenwehr gegen ein etwaiges Vorgehen des Kaisers." Das Hauptergebnis jener Möllner Versammlung war ohne Zweifel der Beschluß einer gemeinsamen Erklärung der wendischen Städte, deren Abfassung von den Versammelten dem Superintendenten Aepin übertragen wurde. Der hamburgische Theologe entledigte sich seines Auftrages in wenigen Wochen. Seine Rechtfertigungsschrift oder „erklarunge" erregte sofort bei ihrem Erscheinen allgemeines Aufsehen.[1] Melanchthon äußerte sich sehr günstig darüber und diese gute Meinung mag wohl noch drei Jahre später nachgewirkt haben, als der Wittenberger Reformator zu einem gemeinsamen Concil „von den Saechsischen stetten auch eine personen oder zwo gesandt wissen wollte, denn sie haben personen, die zu solchen sachen tüchtig sind." [2]

Bei einem so mutvollen Zusammengehen von Bürgern und Geistlichkeit machte es wenig Eindruck, als König Christian von Dänemark, ganz unter der Herrschaft seiner kaiserlich gesinnten Räte, der Stadt empfahl, das Interim anzunehmen. Die endgültige Antwort an den Kaiser, unter dem 6. September 1548, schloß mit den kräftigen Worten: „wir koennen uns nicht toedtlich versuendigen durch ablassung von gottes wort: der kaiser moege uns bei der christlichen religion nach Christi einsetzung bleiben lassen."[3] Karl mochte einen solchen Widerstand nicht erwartet haben. „Er war," wie wir von katholischer Seite hören, „über solche Händel sehr verdrießlich, ließ es sich aber außen nicht merken, sagte nur, es könnte geschehen, daß sich die Ruten in Knittel verkehrten".[4]

Wie wenig Erfolg der Kaiser sich trotzdem von einem gewaltsamen Vorgehen gegen die norddeutschen Städte versprach, das erkennen wir aus einem Briefe Karls an den Herzog von

---

[1]) Abgedruckt bei Staphorst a. a. O. I, s. Anhang.

[2]) Druffel III S. 229.

[3]) Druffel III S. 113.

[4]) Hortleder II S. 744.

Braunschweig.[1] „Der andern Saechsischen stette halben, so in practiken und pundnus steen sollen, haben wir bisher nichts unterlassen, uns der sach und ires furnemens zu erkundigen, aber uber allen unsern furgewandten fleiß noch nit erfaren konnen, daß sy des vorhabens seien, auch aufwiglung oder zerruttung fuhrzunehmen. Es ist gleichwol nit one, das uns der merer teil aus inen aine jede in sonderheit, auf das Interim schriftlich antwurt zugefertigt, darin si vast alle, etliche wenig ausgenommen, so uns das Interim anzunemen zugeschriben haben, undertenigst bitten, das wir sy bis zu erorterung aines concilii bei irer religion pleiben lassen wollen. Jedoch befinden wir in solchem irem schreiben kaine unbescheidenheit, noch ichts, das zu sonderm ungehorsam oder widerspennigkeit gericht sei oder gedeutet werden moege." Karl hegte offenbar den lebhaften Wunsch, neue Händel mit den norddeutschen Städten zu vermeiden, er that daher in Sachen des Interims keine weiteren Schritte.

An Stelle der Interims-Angelegenheit treten in den nächstfolgenden Jahren zwei andere Unternehmungen, das Vorgehen gegen den rebellischen Grafen von Mansfeld und gegen das geächtete Magdeburg.

Wir haben bereits an anderer Stelle aus den Berichten des Venetianers Mocenigo gehört, wie gering die Sympathien für Kaiser Karl in den niedersächsischen Städten noch lange Zeit nach dem schmalkaldischen Kriege waren.[2] Ein trefflicher Kenner norddeutscher Verhältnisse, der Freiherr Lazarus von Schwendi, der als kaiserlicher Kommissar den Kreistagen Niedersachsens vorstand, hat uns in den Briefen an seinen kaiserlichen Herrn manche wertvolle Nachricht über die Politik der sächsischen Städte übermittelt.[3] „Um die Wahrheit zu sagen," so schreibt Schwendi im April 1548 an Kaiser Karl,[4] „ist der Gehorsam und die Liebe zu Eurer Majestät in diesen ganzen Landen noch gering und sehr kalt." Auf dem Kreistage zu Hannover, der bald darauf eröffnet wurde, galt es,

---

[1]) Druffel I S. 166. Oktober 1., Brüssel.

[2]) S. 43 Anm. 4.

[3]) Schwendis Briefe an Kaiser Karl sind bei Bucholtz Geschichte Ferdinands I., IX S. 443 f. und bei Druffel a. a. O. abgedruckt. Von neuerer Litteratur über Schwendi ist besonders Warnecke, die diplomatische Thätigkeit Lazarus v. Schwendi, Göttingen 90, Dissert., zu nennen.

[4]) Druffel I S. 107 f. April 19, Mansfeld.

die Hülfe der Norddeutschen gegen den Grafen von Mansfeld und die Stadt Magdeburg zu erlangen. Doch der Gesandte mußte bald bittere Klage führen, daß keine der Städte sich zur Heeresfolge gegen die Feinde des Kaisers verstehen wolle.[1] Die Hamburger erklärten, sie seien dem Reiche nicht unmittelbar verpflichtet, sondern würden durch die holsteinischen Herzöge vertreten.[2] Ebenso wenig wie in diesem Jahre kam im darauffolgenden, 1549, eine Einigung mit den norddeutschen Gemeinden zustande. Die Städte erklärten sich zwar auf dem Kreistage zu Jüterbog bereit,[3] 6 Römermonate zu bewilligen, doch nur unter der Bedingung, daß auch die übrigen Kreise des Reichs zur Zahlung herangezogen würden. Somit blieb die Sache einstweilen unerledigt, um erst im nächsten Jahre dem Reichstage vorgelegt zu werden.

Bei ihrer Rückkehr vom Kreistage wußten die hamburgischen Gesandten von schlimmen Gerüchten zu erzählen,[4] die über des Kaisers Absichten gegen Norddeutschland im Umlauf waren: „große gefahr sei im anzuge, denn es waere beschlossene sache, die staedte gaenzlich zu unterdrücken, mit Magdeburg solle der anfang gemacht werden." Doch, um noch einen letzten Versuch zu machen, den Kaiser zu Gunsten Magdeburgs umzustimmen, ging im Herbst 1549 eine Gesandschaft der wendischen Städte an den kaiserlichen Hof zu Brüssel.[5] Allein die Boten der Städte wurden von Karl ungnädig entlassen. Nach diesem Mißerfolge ließ der hamburger Rat neue Befestigungen anlegen, offenbar um die Stadt gegen einen kaiserlichen Angriff zu sichern.[6]

Damit die Magdeburger Sache endgültig erledigt werde, berief Karl auf das folgende Jahr 1550 einen Reichstag nach Augsburg: diese Versammlung bezeichnete den Höhepunkt der habsburgischen Machtentfaltung im sechszehnten Jahrhundert. In glänzender Reichsversammlung ließ Karl an die Stände die förmliche Anfrage ergehen, „wie sie sich zu einem allgemeinen Reichsaufgebot gegen Magdeburg verhalten wollten." Der französische Gesandte

1) Bucholtz a. a. O. S. 445.
2) Bucholtz a. a. O. S. 449.
3) Warnecke a. a. O. 34/5.
4) Gallois a. a. O. ad. 1549.
5) Kämmerei-Rechn. VI S. 369.
6) Kämmerei-Rechn. VI S. 365.

berichtet seinem Herrn aus Augsburg,[1] daß sich die Stände zweimal zur Beratung zurückgezogen hätten, weil noch immer die Meinungen unter ihnen geteilt wären. Am 20. August erklärten sie dem Kaiser,[2] falls noch einmal unter ihrer Mitwirkung der gütliche Weg mit den Rebellen versucht würde, und diese Verhandlungen fruchtlos wären, so „wollen sy sich alsdann abermals mit gepürlichem gehorsam und ratlicher antwort vernemen lassen, darob Ihre Majestät zu spüren, daß sie, die kurfürsten, fürsten und stende mit weniges schuldigen billichen und gepurlichen gehorsam im heiligen reich, als friden, ruhe und einigkeit helfen zu befurdern begierig und geneigt sein." Die Vermittlung scheiterte, aber dennoch kam auch jetzt ein Aufgebot des Reiches gegen die Stadt Magdeburg noch nicht zustande.

Im Norden hatten mittlerweile die Ereignisse den schleppenden Gang der Verhandlungen auf dem Reichstage überholt. Kurfürst Moritz, der schon damals Abfall und Verrat gegen den Kaiser im Sinne hatte, war, um allen Verdacht von sich abzulenken und doch stets kriegsfertig zu sein, mit verschiedenen Heeresteilen in Verbindung getreten und hatte darauf die Belagerung der Stadt Magdeburg begonnen. Doch das Unternehmen des Sachsenherzogs nahm nur langsamen Fortgang. Das lag zum großen Teil daran, daß die Stimmung in Norddeutschland seit einem Jahre sich völlig geändert hatte, wie wir unter anderem den Berichten des kaiserlichen Kommissars entnehmen. „Die Absicht der sächsischen Fürsten und Städte", so schreibt Schwendi,[3] „und besonders derjenigen Niedersachsens, geht dahin, der belagerten Stadt zu helfen, sie sehen in Magdeburg ihre Mauer gegen Eure Majestät . . . ohne Zweifel besteht eine Liga und ein geheimes Einverständniß zwischen ihnen. Und ich fürchte, der König von Frankreich ist auch im Spiele . . . , Sire, ich bitte Eure Majestät, behandelt die Dinge nicht als geringfügig, sonst entsteht hier eine furchtbare Verwirrung, die sich mit der Zeit über ganz Deutschland verbreiten wird."

Bei Beginn der Belagerung von Magdeburg waren vom Kurfürsten Moritz sowie von der belagerten Stadt dringende Hülfe-

¹) Druffel I S. 469. 1550 August 5., Augsburg.
²) Druffel I S. 485. August 20., Augsburg.
³) Druffel I S. 527 f. November 7., Torgau.

gesuche an die Bundesstädte gelangt. In Hamburg war man keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß der bedrängten Schwesterstadt zu helfen sei. „Die stadt Magdeburg", so schreibt Merckel, der Sekretär von Magdeburg,[1] „hat wenig würkliche hülfe gefunden. Jedoch habe ich bei etlichen wenig steten ziemlich geldhilfe erhalten, welche zum teil der stadt geschenkt oder auf lange zeit ohne Interesse vorgesetzt worden ist."

Zu diesen hülfebereiten Städten gehörte in erster Linie auch Hamburg. Von hier sandte man den Magdeburgern die Summe von 1375 ₮[2] und mehrere Proviantschiffe zu Hülfe. Ja, noch mehr; auf einer im Jahre 1550 zu Lübeck abgehaltenen Versammlung beschlossen die drei wendischen Städte, man wolle die Werbung einer Truppenmacht zum Schutze Magdeburgs durch Geld und Sendung von Söldnern unterstützen. Dieses Herr sammelte sich im Mecklenburgischen[3] unter den Fahnen des Grafen Volrad von Mansfeld und des Barons von Heideck mit thätiger Unterstützung des Mecklenburger Herzogs Johann Albrecht. Die Hamburger gaben dem Schweriner Kanzler, Johann von Lucka, als er nach ihrer Stadt kam, vorläufig 2325 ₮, weitere Zahlungen sollten folgen. Aber im kritischen Augenblick trat Lübeck zurück. „Hamburg und Lüneburg," berichtet der Chronist, „hebben wol was gedaen, averst do de Lubeschen nich wulden, blef yt ganz na und de grave verlaten."[4]

Jenes Mecklenburger Heer hatte schon lange im Reiche Verdacht erregt. Voll Besorgnis berichtet Schwendi vom beständigen Anwachsen des niedersächsischen Haufens.[5] Auch Marillac schreibt an seinen Hof, daß die Truppen des Mansfelders täglich stärker würden, sie fänden bei Dänemark und den Seestädten reichliche Unterstützung.[6] Das Schicksal der kaiserlichen Unternehmung gegen Magdeburg hing damals an der Entscheidung der Reichsstände zu Augsburg,. Denn nur durch eine bedeutende Geldhülfe von Seiten des Reichs konnte Moritz instand gesetzt werden, die Belagerung mit Erfolg durchzuführen und jeden Versuch eines Ent-

---

[1]) Hortleder I S. 1274.

[2]) Kämmerei-Rechn. VI S. 412.

[3]) Schirrmacher, Johann Albrecht von Mecklenburg I. II Wismar 85, I 117.

[4]) Chroniken S. 446.

[5]) Druffel I S. 534/5. November 30., Magdeburg.

[6]) Druffel I S. 546. Dezember 16., Augsburg.

satzes zu verhindern. Endlich, am 16. Dezember 1550, konnte der Bischof von Arras aus Augsburg der Königin Maria melden,[1] daß die Stände beschlossen hätten, die Kosten des Magdeburger Krieges zu übernehmen. Auf die Kunde von dieser günstigen Entscheidung rückte der Kurfürst dem Entsatzheere durch die Altmark entgegen; nach einigen unentschiedenen Gefechten an der Unterweser gelang es ihm, die Rebellen bei Verden zur Ergebung zu zwingen. Die Söldner und ihr Führer Heideck schlossen sich zum größeren Teile dem Kurfürsten Moritz an, der die Belagerung alsbald mit neuem Eifer in Angriff nahm.

Der Kurfürst hatte durch jenen Vorstoß auf Verden die Stadt Hamburg nicht wenig in Schrecken gesetzt. Man war seinen Plänen in der Stadt stets mit Mißtrauen begegnet und hatte schon lange einen Kundschafter im Lager vor Magdeburg unterhalten.[2] Als jetzt Kurfürst Moritz der Stadt so nahe rückte, glaubte man ernstlich einen Handstreich befürchten zu müssen; der Hauptmann Melsinck mußte 200 Söldner aufbieten[3] „zur Verteidigung des Staates, als Herzog Moritz nahebei sein Heer hatte", so berichten die Kämmerei-Rechnungen.

Ehe wir zu einem neuen Abschnitte hamburgischer Geschichte kommen und uns Ereignissen zuwenden, die sich an den Kampf der Fürsten gegen Karl V. anschließen, sei mit wenigen Worten der Vorgänge gedacht, an denen Hamburg als Mitglied des Hansebundes thätigen Anteil genommen hat.

Von jeher hatte sich Hamburg unter den norddeutschen Städten eine freiere Stellung zu wahren gewußt. Nie fühlte man sich hier so starr an die Satzungen der Hansa gebunden, wie im benachbarten Lübeck. Im Jahre 1547, als die Schwäche des Städtebundes im Kampfe gegen Karl V. grell zu Tage trat, hatten die Hamburger sogar erklärt, der Hansebund sei ihnen „keinen Deut wert".[4]

Der neuen Entwicklung des Handelsverkehrs Rechnung tragend, erweiterte die Stadt ihre Beziehungen zu den Mächten des Nordens, Dänemark, England und Holland. Englische Lakenmacher, wie die Tuchwirker genannt wurden, ließen sich um die

[1]) Druffel I S. 547. Dezember 16., Augsburg.

[2]) Kämmerei-Rechn. VI S. 412.

[3]) Kämmerei-Rechn. VI S. 412.

[4]) Sartorius, Geschichte des hanseatischen Bundes (1801) Bd. III S. 47 Anm.

Mitte des Jahrhunderts dauernd in Hamburg nieder.[1] Und gerade diese englischen Beziehungen, die nachmals für den Aufschwung der Stadt Hamburg so bedeutsam werden sollten, erfuhren um die Mitte des XVI. Jahrhunderts eine jähe Unterbrechung, als König Edward im Jahre 1552 die sämtlichen Rechte der Hansa in seinem Reiche vernichtete und ihre Niederlage, den Stahlhof, aufhob.[2] Das gemeinsame Unglück führte noch einmal die Hansestädte zu einmütigem Vorgehen zusammen.

Man hat jenen gewaltsamen Schritt König Edwards, der als die Geburtsstunde der englischen Handelsmacht bezeichnet worden ist,[3] zuweilen aus rein wirtschaftlichen Ursachen erklären wollen. Sicherlich haben indes auch politische Gründe dazu mitgewirkt, vor allem das Verhalten der Hansen im englisch-französischen Kriege. Dieser Kampf, der im Jahre 1548 zu Kaiser Karls Genugtuung zwischen den beiden Rivalen England und Frankreich ausgebrochen war, ließ in seinem Verlaufe bald auf beiden Seiten einen empfindlichen Mangel an Söldnern entstehen. Um zu verhüten, daß das Reich, wie so oft schon, zum Werbeplatze fremder Gewalten gemacht werde, erließ Karl im Jahre 1548 an alle Stände des Reichs ein mandatum prohibitorium, „das ihnen alle versamblung, rottierung und anwerbung der voelker zum dienst fremder herrn und potentaten auf das strengste untersagte".[4] Karl wollte mit diesem Verbote besonders seinen alten Feind Frankreich treffen. Als aber der englische Feldherr, der Herzog von Somerset, im Landkriege gegen Schottland der deutschen Söldner ebenfalls nicht entraten konnte, sandte er Eilboten an Karl, um eine Aufhebung der Verfügung zu erlangen. Doch erst, nachdem man ihm von englischer Seite einen günstigen Handelsvertrag angeboten hatte, erlaubte Karl Unterstützung der Engländer aus den Häfen im Gebiet der Regentin von Holland, aber auch diese Hilfe sollte geheim bleiben.[5]

---

1) Vergl. Ehrenberg, Wie wurde Hamburg groß? 1888.

2) Chroniken S. 447.

3) Burnett, Historia reformationis Angliae II ad. 1533 vgl. Schanz, Engl. Handelspolitik am Ende des Mittelalters.

4) Reg. verlorner hamb. Akten.

5) Calendars of state papers, foreign series for the reign of Edward VI. ed. by Turnbull 58. S. 22, 25.

Die Stadt Hamburg hatte den Engländern im Beginne des Krieges ihren Oberst Penninck gesandt.[1] Als jedoch das kaiserliche Werbeverbot erging, verschlossen die Städte, voran Bremen und Hamburg, den Engländern sofort ihre Häfen und weigerten sich, den Transport von Söldnern zu übernehmen. Auch nachdem die Häfen im Gebiet der Regentin den Engländern geöffnet waren, blieben die der norddeutschen Städte ihnen verschlossen. Man mochte vornehmlich die Drohung der Franzosen fürchten, die erklärt hatten, sie würden ein jedes Schiff kapern, das die Elbmündung verlasse. Erst kurz vor dem Friedensschluß im Mai 1549 gestatteten die Hamburger, daß unterhalb der Stadt, bei Freiburg, Söldner nach England eingeschifft wurden.[2] Die Verstimmung, die König Edward über die Saumseligkeit der Städte empfand, hat sicherlich nicht wenig dazu beigetragen, daß der König im Jahre 1552 so schroff gegen die Hansen vorging.

Freundlicher gestalteten sich in dieser Zeit Hamburgs Beziehungen zu seinem dänischen Schutzherrn. Sowohl in Sachen des Interims als auch jetzt wieder in der englischen Angelegenheit, wandten sich die Hamburger an den König Christian. Die schutzherrlichen Ansprüche Dänemarks waren damals kaum ein Jahrhundert alt.[3] Sie entstammten jener Zeit, wo das Haus Oldenburg auf den dänischen Thron und kurz darauf in den Besitz von Schleswig-Holstein gelangt war. Seitdem suchten die Fürsten Dänemarks über die Stadt Hamburg eine ähnliche Oberhoheit zu gewinnen, wie sie einst den Schaumburger Grafen als Herren von Schleswig-Holstein zuerkannt worden war. Christian III., der um die Mitte des XVI. Jahrhunderts in Dänemark regierende Herr, verfolgte dieses Ziel mit Eifer und nicht ohne Erfolg. Der König war bei den norddeutschen Städten sehr beliebt; wir lesen, daß ihn die Hansen „einen guten frommen Herrn" nannten,[4] obgleich er ihnen im Grunde wenig Nutzen brachte. In Hamburg hatte Christian schon als Prinz, dann bei seinem Besuche

---

[1]) (Lappenberg) Cord Penninck, Zeitschrift für hamb. Geschichte V.

[2]) Calendars a. a. O. S. 33.

[3]) Schrader, der Streit um Hamburgs Reichsfreiheit 1480—1767 im „Hamb. Correspondent", 19—22. Juli 1890.

[4]) Sartorius a. a. O. III S. 126.

im Jahre 1538, eine glänzende Aufnahme gefunden.[1] Bei dieser Gelegenheit war es, wo der König von der Stadt die Anerkennung seiner Schutzherrschaft erlangte. Thatsächlich führte er fast eine Art landesherrlichen Regiments über die Stadt. Die Hamburger nannten ihn ihren Schutzherrn und suchten in allen wichtigeren Fragen seinen Rat. Alljährlich erhielt der König nach altem Herkommen eine Naturalabgabe von Bier und Gewürzen.[2] Auf den Landtagen in Holstein waren die Hamburger regelmäßig vertreten.[3]

Cap. IV.

Hamburgs Politik zur Zeit des Fürstenbundes.

Die Anfänge des fürstlichen Bundes gegen Karl V. fallen schon in die Jahre 1548/49; damals standen Johann von Küstrin und Albrecht von Preußen an der Spitze. Erst um das Jahr 1550 knüpfte man Beziehungen mit Kurfürst Moritz an: bald war dieser der Mittelpunkt der ganzen Unternehmung. Der Eintritt des sächsischen Fürsten wirkte nicht unerheblich auf das Verhalten der norddeutschen Städte. Bisher schien eine Hilfe von Seiten der Städte nicht ausgeschlossen zu sein; kaum aber war der gefürchtete und verhaßte Sachsenherzog an die Spitze des Unternehmens getreten, so zogen sich die Städter allmählig zurück, als fürchteten sie von der Verbindung mit diesem Fürsten Unsegen und Gefahr. Um so eifriger wandten die Hamburger sich dem Kaiser wieder zu und leisteten seinen Gegnern nur gezwungen eine Geldhilfe.

Im August 1549 war Graf Volrad von Mansfeld von den damaligen Häuptern des Bundes an verschiedene Hansestädte gesandt worden,[4] um ihre Gesinnung kennen zu lernen. Der Brandenburger, Hans von Küstrin, stets zu weitgehenden Hoffnungen geneigt, zweifelte schon im Oktober desselben Jahres nicht daran, daß die Hansestädte, namentlich Bremen und Hamburg,

[1]) Beneke, Hamburgische Geschichten und Sagen.
[2]) Kämmerei-Rech. VI S. 244.
[3]) Sartorius III S. 157 f.
[4]) Voigt, Joh. Der Fürstenbund gegen Karl V, hist. Taschenbuch 1857. S. 1 f. und S. 31.

der fürstlichen Vereinigung beitreten würden.[1] In dem Briefwechsel der Fürsten aus dem Jahre 1550 wird über die Hülfe, die die Städte leisten sollen, eifrig verhandelt. Bald stieg die Hoffnung, sie zu gewinnen, bald verringerte sie sich. Die Städte schlossen ein förmliches Bündnis, um zum „Widerstand gegen den Kaiser Gut und Blut zu lassen.“[2] Die Besprechungen, welche meistens zu Lübeck abgehalten wurden, führten jenen kriegerischen Beistand zu Magdeburgs Entsatz herbei, der, wie wir im vorigen Kapitel sahen,[3] schließlich durch Lübecks Wankelmut so kläglich gescheitert war. Markgraf Johann von Küstrin berichtete Ende 1550, daß Georg von Heideck bei den Städten „nichts anders als ein ehrbares, christliches und aufrichtiges Gemüt spüre,“[4] man sei sehr unentschlossen und von Dänemark abhängig. Dennoch sah schon im August 1550 der französische Gesandte in den Seestädten einen Herd des Ungehorsams, weil sie nicht nur keine Abgeordnete auf den Reichstag entsandt hätten, sondern auch mit Schweden und Dänemark conspirirten und ein gemeinsames Heer aufstellten.[5] Herzog Albrecht von Preußen ging in seinem Vertrauen zu den Städten so weit, daß er dem Könige von Frankreich antrug, einige Bevollmächtigte nach Hamburg zu senden, um hier mit den fürstlichen Gesandten in Verhandlung zu treten. Heinrich war klug genug, diesen unzuverlässigen Plan abzulehnen.[6]

Daß die Unterstützung im Jahre 1550 als eine Bundeshülfe für Magdeburg und nicht als Teilname an den fürstlichen Unternehmungen angesehen wurde, zeigen die Ereignisse des Jahres 1551. Keineswegs war man in Hamburg und in den anderen norddeutschen Städten geneigt, ein zweifelhaftes Unternehmen der Fürsten gegen das Reichsoberhaupt zu unterstützen, und diese ablehnende Haltung der Städte wurde noch dadurch verstärkt, daß in demselben Jahre Herzog Moritz, dem man im Norden so sehr mißtraute, an die Spitze des Bundes trat.

---

[1]) Ebenda, S. 35.
[2]) Ebenda, S. 37.
[3]) s. Cap. III, S. 52.
[4]) Voigt S. 87.
[5]) Druffel I S. 494, August 26., Augsburg.
[6]) Schirrmacher II S. 100.

Anfang Januar 1551 berichtet uns ein Schreiben Johann Albrechts von Mecklenburg, daß alle seine Bemühungen, von Seiten der Seestädte eine bindende Zusage zu erlangen, bisher immer noch ohne Erfolg gewesen wären;[1] kaum hege man noch einige Hoffnung, daß auf ihre Beihilfe zu rechnen sei. Kurz danach, am 23. Januar, ersuchte Johann von Küstrin[2] den preußischen Herzog, die Hansestädte zu ermahnen: „nunmehr die Augen aufzuthun, zu sehen und zu greifen, womit man umgehe, was es geschlagen habe und ob der Kaiser sich nun nicht genugsam erklärt, daß es aber jetzt die höchste Zeit sei, entweder zur Ausführung ans Werk zu greifen, oder es gar aufzugeben." Die Antwort auf diese Ermahnung lautete, wie aus einem Briefe des Brandenburgers an den Herzog von Preußen hervorgeht, ablehnend;[3] „obgleich die Städte," heißt es hier, „durch schroffe Behandlung seitens des Kaisers erzürnt sind, halten sie sich dennoch ruhig."

Um diese Zeit trat eine Wendung ein, die noch einmal lebhafte Werbungen von kaiserlicher und fürstlicher Seite bei der Stadt Hamburg zur Folge hatte. Das war der offene Eintritt des Kurfürsten Moritz in das fürstliche Bündnis. Schritt für Schritt vorrückend hatte sich dieser zum Führer des antikaiserlichen Bundes aufzuschwingen gewußt und dadurch den Markgrafen von Brandenburg zum Austritte gedrängt. Moritz war sich wohl bewußt, wie wertvoll dem Unternehmen neben der ausländischen Unterstützung eine kräftige Geldhülfe von Seiten der Hansestädte sein werde und ließ deshalb schon im Herbste 1551 ein dahingehendes Gesuch an sie ergehen. Kurz darauf fand zu Lübeck ein wendischer Tag statt, „um dem Kaiser oder Herzog Moritz eine Antwort zuteil werden zu lassen."[4] Alle weiteren „Praktiken zu hindern", schickte Karl am 1. Oktober einen Gesandten an die Hansestädte.[5] Dieser Bote war der kaiserliche Rat Böcklin von Böcklinsau, dessen Creditiv auf den 16. Oktober 1551 lautete.[6] Zu seiner Ankunft in Hamburg um

---

1) Voigt S. 97.
2) Voigt S. 101.
3) Voigt S. 106.
4) Kämmerei-Rechn. III S. 454.
5) Druffel I S. 755, Oktober 1.
6) Regesten verlorner hamb. Akten.

Weihnachten 1551 bemerkt der Chronist Tratziger:[1] „als dem kaiser sollicher bewerbunge halber allerlei kundschaft furkam, schicket er hern Wilhelm Böcklein, rittern, irer majestet rat, an alle stende des reichs, sich der sachen zu erkundigen und die stende zum gehorsam zu ermahnen". 8 Tage später, am 3. Januar, schreibt Böcklin aus Lüneburg[2] an die Königin Maria, er habe aus guter Quelle erfahren, daß „des jetzigen Kurfürsten von Sachsen Leut bei den drei staedten seltsame ansuchung gethan mit anzaigung, als wolte Ihre keis. Majestät an denen orten die predicanten . . . mit gewalt verdreiben, und sie also von irer religion . . . mit gewalt abdringen. So hab ich aber solchen vleiß, warnung und vetterlichste vermanung von wegen der kaiserlichen Majestät getan, daß . . . uf mein werbung irenthalben gar nichts böses zu befaren, dann si mir gewislich zugesagt, bei denselben E. M. lendern und furstentumern ihr gut und blut, wie getreuen untertanen gebürt, zu lassen." Bald hatten die Fürsten von der Anwesenheit des kaiserlichen Gesandten Kunde erhalten: am 21. Januar meldet der Mecklenburger seinem Bundesgenossen Moritz, daß außer Böcklin noch ein anderer Gesandter in den Seestädten sei.[3] Böcklin hatte bei Hofe angezeigt, „daß alle sächsischen Städte in großer Ehrfurcht zu seiner Majestät verharrten,[4] sie seien fest darin und hegten den lebhaften Wunsch, im Frieden zu leben, voll Haß gegen jeglichen Aufruhr, unwillig, irgend welchen Praktiken ihr Ohr zu leihen, welche immer es sein möchten . . . das ist ein großer Zaum für die unzufriedenen Fürsten, die ihrer Geldhilfe nicht werden entraten können."

Die Thätigkeit des Ritters Böcklin in den norddeutschen Städten, wurde inzwischen vom Herzog Moritz als Vorwand benutzt, um sein Fernbleiben vom Augsburger Reichstage damit zu entschuldigen. Am 20. Februar weist er seine zu Augsburg weilenden Räte an, zu verbreiten, daß er durch „unterwegs angelangte glaubhafte Nachrichten zur Rückkehr bewogen sei".[5] In einer Beilage zu diesem Schreiben wird uns ein Bericht über Wilhelm Böcklins Thätigkeit in Norddeutschland mitgeteilt. Druffel vermutet wohl mit Recht,

---

1) Tratziger S. 293.

2) Druffel II S. 9. Januar 3., Lüneburg.

3) Druffel II S. 40. Januar 26., Schwerin.

4) Druffel II S. 83. Januar 31.

5) Druffel II S. 137/8 und Anm. Februar 20.

daß dieses Schriftstück seine jetzige Fassung erst in der sächsischen Kanzlei erhalten habe, denn Herzog Moritz und andere Fürsten werden darin „der Conspiration mit Franzosen und Türken" beschuldigt. Am 23. März ließ Ritter Böcklin sich vom Hamburger Rate eine Urkunde ausstellen, die seine Unschuld dartun sollte und sandte das Schriftstück an Kurfürst Moritz.[1] Über seine weitere Thätigkeit in Hamburg erfahren wir nichts mehr.

Doch inzwischen hatte auch die fürstliche Politik nicht geruht. Schon am 13. März konnte Moritz aus Torgau an den mecklenburger Herzog berichten: „Sofill die seestedte anlanget, haben wir so fil verstands, das sie wider uns nicht sein werden, wie wir dan ferner suchung izo bei inen auch thun lassen".[2] Erst als der Kampf gegen den Kaiser einer raschen Entscheidung zustrebte, entsandte Moritz den Grafen Volrad von Mansfeld an die Seestädte,[3] um Geld aufzubringen. Ein Parteigänger des Grafen, der Baron von Heideck, eröffnete die neuen Verhandlungen durch ein Schreiben an den Lüneburger Syndikus Dr. Dutzenrod, dessen fürstenfreundliche Gesinnung man kennen mochte. Hierin forderte Heideck die Seestädte zur Mithülfe am „werke der defension" auf: der Syndicus sollte zu näherem Verständnis selbst in das kurfürstliche Lager kommen: „dann ir werdet eur gefallen sehen, und sonderlich mit was statlicher hulf und rustung der könig von Frankreich eigner person vorhanden ist".[4] Bald darauf, so hören wir, erschienen die städtischen Herren im Lager bei Moritz. Das Ergebnis muß ein befriedigendes gewesen sein, denn der Kurfürst weist in einer undatirten Instruktion[5] den Mansfelder, Alex. Spieß, den ehemaligen Hamburger Sekretär, und Cyriacus Hilkmer, einen jener städtischen Vertreter im Lager, an, wie sie mit den wendischen Städten und Bremen verhandeln sollten: die Städte hätten bisher immer erklärt, sie „wollten bei religion und freiheiten verbleiben", das ist nicht genug, man muß sich gegen die Tyrannei und Execution des Concils mit den von Gott und der Natur gegebenen Waffen zur Wehre setzen. Die Städte würden in jeder Not bei den Fürsten Hülfe

1) Druffel II S. 415. April 18., Berlin.
2) Druffel II S. 235. März 13., Torgau.
3) Druffel II S. 337. April 6.
4) Druffel II S. 352. Undatiert, Augsburg.
5) Druffel II S. 352/3. Undatiert.

finden. „Darmit auch sy, die stete, insonderheit" fährt der kluge Kurfürst fort, „iren scheinbarn vorteil und unsere gnedigste zuneigung würklich spüren moechten, so wollen wir sy und die irn bei iren freiheiten und handtirung in den königreichen Dennemark, Schweden und Norwegen wider die Hollander und andere verhinderer schützen und erhalten und ir wolfart und gerechtigkeit mit fleiß befürdern, darzu, wo vonöten bei Frankreich und Engelland moegliche und fleißige befurderung vorwenden."

Wie Moritz hier die äußere Bedrängnis der Hansestädte und die Bedeutung seiner Hülfe mit Geschick in den Vordergrund zu rücken wußte, so trat er weiterhin den Strömungen entgegen, welche seiner Werbung im Innern der Städte widerstrebten; er fährt nämlich fort: „erfolgt von dem Rath aufzugliche oder unlautere antwort, so ist mit der bürgerschaft zu handeln, diese zu dem christlichen werk zu erhaltung der altväterlichen freiheit aufzufordern!"

Wenn Moritz von der freier gesinnten Bürgerschaft eher Hülfe erwartete als von dem konservativen Rate, so hatte er sich nicht getäuscht. Die fürstlichen Gesandten begannen alsbald ihr Geschäft bei den drei Städten. Schon am 26. April kann Dutzenrod dem Kurfürsten berichten, daß seine Werbung so stehe, daß er hoffe, bald gute Nachricht geben zu können.[1] Am Tage darauf folgte ein ausführlicher Bericht des Mansfelders über seine bisherigen „Handlungen".[2] Das Ergebnis ist diesmal ein ungünstiges, denn trotz früherer Versprechungen sind sowohl Hamburg als auch Lüneburg bei „der ungeschickten antwort" geblieben, „daß si sich weiter nichts zu erklaeren vermochten." Man wolle offenbar die Sache in die Länge ziehen, um dann dem Sieger zuzufallen, sei es nun Gott oder der Teufel. Bei den unbehauenen Hölzern habe dennoch nichts weiter erreicht werden können. Ganz besonders enttäuscht war der Gesandte über die Vorgänge in der Stadt Hamburg. Hier war genau das eingetreten, was der Kurfürst vermutet. Zwar hatte die Gemeinde, welche auf Andrängen des Bürgerausschusses hinzugezogen war „entschlossene antwort" gegeben; aber der „burgermeister, her Peter von Spreckelheim genant, ein gotloser man, one verstand und vernunft, von gott gezeichnet, hat

---

[1]) Druffel II S. 434. April 26., Lüneburg.

[2]) Druffel II S. 436—38. April 27., Lüneburg.

nicht ein wort davon, was ime befohlen, einbracht, sundern vorgeben durfen, sy wolten es bei voriger zu Lübeck gegebener antwort bleiben lassen, kunten auch der kaiserlichen aussune und one vorwissen ires landesherrn sich weiters in nichts bewilligen."

Nach längeren Verhandlungen hatte man schließlich eine Geldhülfe bewilligt, doch mit der ausdrücklichen Erklärung, man werde keine Schiffe stellen und nicht „wider den Kaiser und die Seinen zu Felde ziehen." Unter diesen Umständen riet Graf Volrad dem Kurfürsten, Knechte „an der hand zu halten, da Hamburg die schiffung, one daß von den fürsten gedroht werde, nicht tue." Ferner sei es ratsam, daß der französische König die hamburgischen Schiffe mit Beschlag belege, wenn möglich, soll man auch in England beantragen, „daß das den staedten dort niedergelegte contor gestopft bliebe".

Das Erscheinen des volkstümlichen Grafen, Christoph von Oldenburg, der als Held aus dem schmalkaldischen Kriege besonders unter dem gemeinen Manne einen großen Anhang besaß, gab anfangs der fürstlichen Sache guten Fortgang.[1] Da kamen ungünstige Nachrichten vom Kriegsschauplatze und zugleich „practicierte Karl sunderlich in Hamburg so weit", daß „vertreuliche personen" den fürstlichen Gesandten den Rat erteilten, „reuter und knechte diser gegend und vor dem angesetzten tage zu versamblen, auf daß den stetten der ernst gezeigt werde, den one das wurde man si schwerlich zu etwas bringen mogen." Die fürstlichen Vertrauten zögerten keinen Augenblick, den Rat dieser „getreuen" zu befolgen. Wie uns die Chroniken mitteilen,[2] sammelte Graf Mansfeld nahe bei Hamburg in Ratzeburg einen Haufen Kriegsvolks und begab sich alsdann in die Stadt. Hier erlangte er durch die ernstliche Drohung, „man werde Hamburgs Gebiet brandschatzen und alle in Frankreich befindlichen Waren vernichten", die Genehmigung einer größeren Summe Geldes. „Der Rat;" so heißt es in den Kämmerei-Rechnungen, „wählte von zwei Übeln das kleinere und zahlte dem Mansfelder 20 113 ℔."[3] Ähnliche Erfolge erreichte Moritzens Gesandter in Lübeck und Lüneburg. Unter dem 1. Juni

---

1) Druffel II S. 472. Mai 13., Lübeck.
2) Chronik S. 338.
3) Kämmerei-Rechn. VI S. 495.

ging dem Kurfürsten die Nachricht zu, daß trotz aller feindlichen Praktiken mit den Städten abgeschlossen sei:[1] sie zahlten 50 000 G. Die Städte hatten übrigens nicht versäumt, sich in einem Revers ihre Pflichten gegen das Reich, sowie die Anteilnahme an einem Frieden mit dem Kaiser zu versichern. Moritz ratifizierte den Vertrag erst am 31. Juli.[2]

Doch damit war keineswegs ein Bündnis zwischen den Städten und Kurfürst Moritz abgeschlossen worden: wie sehr die Städte unter dem Drucke des Augenblicks gehandelt hatten, geht aus der Thatsache hervor, daß man in Hamburg nach wie vor von dem „intrusus elector“ sprach[3] und eine Reihe von Kundschaftern in sein Lager schickte.[4] Schon am 11. Juli schreibt Herzog August an seinen Bruder Moritz,[5] daß „in den sehe und hanzesteten Euer Liebden gegenteil zum besten noch viel gewerb sei.“ Auch als der Kurfürst den Städten, um ihr Vertrauen zu gewinnen, seine „kriegsverfassung wider ire Kaiserliche Majestät“ übersandt hatte, mußte er sich im Oktober 1552 darüber beklagen, „daß man ihm noch immer kein vertrauen entgegenbringe“.[6]

Karl wußte sicherlich durch seine geheimen Agenten in Hamburg, wie ungern man in dieser Stadt den Fürsten zu Willen gewesen war. Die Stadt benutzte den günstigen Eindruck, den ihr Verhalten am Kaiserhofe hervorgebracht hatte, um einige wertvolle Privilegien von Karl zu erbitten. Im Jahre 1554 wurde der Stadt Hamburg in feierlicher Versammlung das privilegium de non appellando verliehen.[7]

Noch wichtiger mochte den Bürgern die Bestätigung des jus restringendi, das heißt des Stapelrechts auf der Unterelbe erscheinen, welche im Jahre 1555 erlangt wurde.[8]

An den mannigfachen Kämpfen der späteren Jahre hat Hamburg weiterhin keinen thätigen Anteil genommen. Als der

---

1) Druffel II S. 549.
2) Druffel II S. 549.
3) Kämmerei-Rechn. VI S. 495.
4) Kämmerei-Rechn. VI S. 475.
5) Druffel II S. 585. Juni 11., Dresden.
6) Druffel II S. 772 (Oktober).
7) Kämmerei-Rechn. VI S. 513 und 551.
8) Regesten verlorner hamb. Akten.

sogenannte „Markgräflerkrieg" ausbrach, standen die evangelischen Bürger in ihrer Gesinnung offen auf der Seite des „wilden" Markgrafen von Brandenburg und verfluchten die „truwelosen pfaffen" in Franken. Als dann Albrecht Ottensen, nahe bei Hamburg, zu seinem Werbeplatze erkor, wurde seinen Soldaten die Erlaubnis zugestanden, durch Hamburg hin und her zu marschieren.[1] Und als Herzog Erich, der einstige Gegner der Stadt, als Parteigänger des Markgrafen, in Hamburg erschien, soll die Stadt ihn durch Hülfsgelder unterstützt haben.[2] König Ferdinand sah sich schließlich genötigt, die Bürger vor jeder Verbindung mit dem Friedensbrecher Albrecht zu verwarnen.[3]

Kap. V.

Innere Zustände, insbesondere Finanzen.

Wir haben uns in der vorliegenden Arbeit mit der äußeren Politik des hamburgischen Staatswesens beschäftigt. Zum Schlusse seien noch einige Daten über die inneren Verhältnisse hinzugefügt. Besonders zwei Fragen sollen zunächst erörtert werden: wie sind die Geldmittel, deren man bedurfte, von der Stadt Hamburg aufgebracht und zu welchen Zwecken sind sie verwandt worden? Eine kurze Darstellung vom Etat der staatlichen Einnahmen mag vorausgehen.[4]

In der ältesten Zeit machen die Eingänge aus dem ländlichen und städtischen Grundbesitze der Stadt die Haupteinnahme aus; ferner jene kleinen Abgaben von öffentlichen Verkaufsstellen und bei Meisterwahl. Schon damals scheiden sich die direkten Steuern von den indirekten Abgaben, dem Biergelde und dem Elbzoll. Unter den direkten Steuern ist neben Bürgergeld, Erbschaftssteuer, gerichtlichen Gefällen aus Vogtei und Wedde und dem Tonnengelde

---

1) Chroniken S. 456.

2) Chroniken S. 456.

3) Regesten verlorner hamb. Akten.

4) Dem folgenden Überblick der hamb. Finanzen ist die inhaltreiche Kritik des VI. Bandes der Kämmerei-Rechn. zu Grunde gelegt, die Wilh. Stieda in den Hans. Geschichts-Blättern 1892, S. 192 f., gegeben hat.

vor allem die Vermögenssteuer oder der Schoß zu nennen; unbeliebt, wie alle direkten Steuern, ist der Schoß oder die Kollekte immer eine Ausnahmesteuer geblieben und hat durch ihre Erhebung zu wiederholten Malen Aufstände der Bürger im Gefolge gehabt. Anfangs in der Höhe von nur 4 ß 9 ₰ von je 100 ♯ erhoben, wurde der Schoß immer höher hinaufgetrieben, so daß er schon im Jahre 1545 die ansehnliche Summe von 10534 ℔ erreichte.[1] Trotzdem machen es die gesteigerten Ansprüche um die Mitte des XVI. Jahrhunderts nötig, den Bürgern fast alljährlich eine Umlage von ½ g. auf 100 g. aufzulegen. Und selbst diese Summe war lange nicht ausreichend. Man mußte zu Staatsanleihen in größerem Maßstabe greifen.[2] Dies Verfahren war freilich nicht neu, denn schon im 14. Jahrhundert findet sich in den Rechnungen der Ausdruck: pecunia accepta supra censum, das heißt: „Geld auf Zins genommen“, und am Ende des 15. Jahrhunderts betrug die Summe solcher teilweise in Form von Leibrenten zu leistenden Zinsen schon über 4000 ℔.[3] Im 16. Jahrhundert sind derartige Anleihen ein unentbehrliches Mittel geworden, um das finanzielle Gleichgewicht der Stadt aufrecht zu erhalten. Nach Eintritt in den Schmalkaldischen Bund finden sich in den Kämmerei-Rechnungen zwei getrennte Aufnahmen, einmal die gewöhnliche Jahresanleihe und daneben eine besondere unter der Rubrik: ad foedus religionis causa initum.[4]

Es ist bemerkenswert, wie groß trotz aller Unglücksfälle Hamburgs Kredit im ganzen Norden gewesen ist. Man war eifrig bemüht, ihn zu erhalten, und, als der Rat im Jahre 1547 zu einer großen Anleihe schritt, fügte man der Eintragung in die Kämmerei-Rechnungen die Worte hinzu:[5] „Bürger und Rat haben einmütig beschlossen, daß man für den drohenden Krieg, um die vielgeplagten und überlasteten Bürger zu schonen, bei waltendem Mißwachse und anderen Unglücksfällen auf den Staatscredit Anleihen machen wolle, um sie in besseren Zeiten aus dem Säckel

---

1) Kämmerei-Rechn. VI S. 170.
2) 1547: 52960 ℔, 1548: 25260 ℔, 1551: 20800 ℔.
3) Kämmerei-Rechn. V S. 594.
4) Kämmerei-Rechn. VI S. 173 ff.
5) Kämmerei-Rechn. VI S. 257.

zurückzubezahlen; daher sind die folgenden Summen von gewissen Personen aufgenommen worden". Wir erhalten den Eindruck, als ob man nur höchst ungern zu diesem äußersten Mittel gegriffen habe. Die Gläubiger der Stadt waren in erster Linie holsteinische Adlige, Namen wie von Holle, von Reventloh, von Damme und von Alefeld kehren immer wieder. Sie liehen einzelne Summen bis zur Höhe von 14 400 ℔ und blieben der Stadt die ganze Zeit hindurch treu und gewärtig.[1] Neben ihnen traten schon im Jahre 1547 Braunschweiger Bürger als Gläubiger auf,[2] und vor allen die reichen Salinenbesitzer Lüneburgs.[3] Als die nächsten Quellen erschöpft waren, suchte man in der Ferne Hilfe; schon im Jahre 1547 hatten die Hamburger, wie wir oben sahen, dem Londoner Kontore eine größere Summe entliehen.[4] 1551 verfiel die Stadt auf die eigenartige Auskunft — in causa religionis, wie es ausdrücklich heißt — bei den Nonnen in Ploen[5] und dem Prior von Bordesholm[6] anzuklopfen, und nicht ohne Erfolg. Die Stadt geriet schließlich auf immer kühnere Mittel: zunächst wurde die Erbschaftssteuer erhöht.[7] Weiter lesen wir vom Verkauf sämtlicher städtischer Tonnenschiffe.[8] Im Jahre 1551 wurde das Schloß Ritzebüttel an den Ratsherrn Moller verpachtet,[9] wie es Rat und Bürger schon im Rezesse von 1548 vorgesehen hatten.[10] Zu den großen Kontributionen, die man Jahraus Jahrein den Bürgern auferlegte, kam im Jahre 1548 durch Beschluß des Rezesses eine neue erhöhte Bürgeraccise auf vier Jahre[11] und im Jahre 1553 hören wir noch einmal von einer großen, wahrscheinlich einprozentigen Kontribution, die den Bürgern auferlegt wurde, „zur Tilgung der großen Schulden".[12]

---

1) Kämmerei-Rechn. VI S. 258.
2) Kämmerei-Rechn. VI S. 258.
3) Kämmerei-Rechn. VI S. 258 und 259.
4) Höhlbaum, Kölner Inventar a. a. O. S. 30.
5) Kämmerei-Rechn. VI S. 420.
6) Kämmerei-Rechn. VI S. 420.
7) Kämmerei-Rechn. VI S. 211, 253, 294.
8) Kämmerei-Rechn. VI S. 211, 334.
9) Kämmerei-Rechn. VI S. 420.
10) Gallois a. a. O. Art. 12.
11) Gallois a. a. O. Art. 50/51.
12) Kämmerei-Rechn. VI S. 505.

Bei dieser äußersten Spannung der Finanzen ist es denn nicht zu verwundern, daß bald nach diesem Zeitraume die ratsherrliche Kämmerei zusammenbrach und von nun an von einer besonderen Behörde unter Mitaufsicht der Bürgerschaft verwaltet wurde. Das geschah im Jahre 1563.[1]

Hieran anschließend bedarf es einer kurzen Betrachtung, wie diese Summen im Hamburger Staatswesen verwandt worden sind.

Neben jenen großen Zahlungen, deren wir im Verlaufe dieser Arbeit Erwähnung thaten, ist der stetigen Kriegsbereitschaft zu gedenken, zu welcher die Stadt bald gegen Karl, bald gegen Moritz gerüstet war. Wir werden durch die Kämmereinotizen jener Jahre auf das eingehendste mit den neuen Festungsanlagen bekannt gemacht, den Vorwerken und Wällen, den Streichwehren und dem Stacket durch die Alster, welche die Stadt Hamburg in den Jahren 1546—1550 zu einer bedeutenden Festung machten.[2] Fast in jedem Jahre mußte die Stadt eine Schar zur „äußersten Nothwehr" aufbieten. Erst 1552 scheint Ruhe eingetreten zu sein, denn damals wurden größere Mengen von Pulver an den Mansfelder verkauft.[3] Große Schäden entstanden bei den Getreideverkäufen, wo es häufig nicht ohne starke Übervorteilung von Seiten des Verkäufers abging. Der gewissenhafte Kämmerer notiert zum Jahre 1549, man habe das zu 39 ℔ eingekaufte Getreide nur zu 9 ℔ das Wispel wiederverkauft.[4]

Wie so viele finanzielle Krisen hatte auch diese Zeit eine Erweiterung der bürgerlichen Rechte im Gefolge. Jener sogenannte „lange Rezeß" des Jahres 1548 bezeichnete in fast allen seinen Artikeln nur ein konsequentes Vorwärtsdrängen der Bürger.[5] Umsomehr muß es Wunder nehmen, daß von Melle in seinem hamburger Staatsrechte diesen wichtigen Verfassungsakt mit Stillschweigen übergangen hat.[6] Schon jene oben erwähnten Einleitungsartikel „in Sachen des Interims" zeugten von dem Mißtrauen der Bürger gegen den Rat. Diese Stimmung tritt weiter im

[1]) Kämmerei-Rechn. VII Einl. S. XI.

[2]) Kämmerei-Rechn. VI S. 284 u. a.

[3]) Kämmerei-Rechn. VI S. 464.

[4]) Kämmerei-Rechn. VI S. 367/8.

[5]) Gallois a. a. O. Receß.

[6]) v. Melle, Hamburger Staatsrecht.

12. Artikel hervor, wo der Rat ermahnt wird, die Gerichtstage ordentlich einzuhalten und das Rathaus zur festgesetzten Stunde zu öffnen. Die Bürger übernehmen selbst die Aufsicht über die neue Kontribution.[1] Dem Rate wird eine bestimmte Summe jährlich ausbezahlt[2] zu „unvermeidlichen Dingen," die nach Jahresablauf in den Staatssäckel zurückfließen sollte. Der Bürgerausschuß erhielt sogar ausdrücklich das Recht, die vierjährige Accise abzusagen, falls es der Rat nicht thun werde. Die zeitigen Mitglieder des Bürgerausschusses sollen zu diesem Ende vier Jahre lang im Amt bleiben.[3] Es ist leicht zu erkennen, wie grundlegend und wichtig diese Bestimmungen zur Ausbildung des bürgerschaftlichen Mitberatungsrechts geworden sind: hier liegen die Anfänge der modernen Verfassung, die ihre Hauptstärke im Zusammenwirken von Rat und Bürgerschaft besitzt.

Wenige Worte mögen zum Schlusse den kirchlichen Verhältnissen gewidmet sein. Wie in den Zeiten des Interims beschäftigten auch weiterhin theologische Fragen die Bewohner der Stadt Hamburg auf das eifrigste. Eine jener Controversen, an denen die Zeit so reich ist, trägt noch heute den Namen des Superintendenten Aepin: es ist der sogenannte Aepinsche Höllenfahrtsstreit.[4] Die an sich unbedeutende Frage, ob die Höllenfahrt Christi, wie Luther es lehrte, dem Stande der Erhöhung des Heilandes angehöre, oder, wie Aepin auslegte, der Erniedrigung zuzurechnen sei, diese Frage war durch theologisches Gezänk zu einer großen Streitfrage geworden. Der Reformator Luther hatte 1542 zum Frieden gemahnt.[5] Umsonst. Im Jahre 1549 wurde von Rats wegen verboten, die Sache fernerhin auf der Kanzel zu erwähnen.[6] Als Garze, der Hauptgegner Aepins, es doch that, wurde er aus der Stadt gewiesen. Wie verbreitet auch diese anscheinend so unbedeutende Sache im Reiche gewesen ist, das ersieht man aus dem Passauer Vertrage, wo neben Sacramentern, Ikonomachen, Anabaptisten und anderen vom allgemeinen Religionsfrieden eine Sekte ausge-

---

[1]) Gallois Art. 2.

[2]) Gallois Art. 53/4.

[3]) Gallois Art. 55.

[4]) Kurtz, Kirchen-Geschichte II S. 125.

[5]) Gallois ad. 1544.

[6]) Gallois ad. 1551.

schlossen wird, „so zu Hamburg entstanden sein soll, die sich vermessen, einen unter den zwölf Artikeln unseres christlichen Glaubens, nämlich die Höllenfahrt Christi, unseres Seligmachers, zu verwerfen".[1]

Die Hamburger Theologen, so sahen wir es schon bei Gelegenheit des Interims, waren Anhänger des strengsten Luthertums. Häufig wird der theologische Rat des Hamburger Consistoriums von auswärts eingeholt. So hatte im Jahre 1552 der Herzog von Preußen in Sachen Osianders bei den Hamburger Theologen angefragt.[2] Für ihre gemeinsam verfaßte Schrift in confutando errore Osiandri erhielten Aepin und Westfal im Jahre 1553 6 ℔ pro zwei Tonnen Bier, dem Abschreiber gab man 3 ℔: so gering wurde damals geistige Arbeit gewertet.[3] Eine Erklärung in Sachen des Major-Amsdorf'schen Streites war die letzte Schrift des Superintendenten Aepin vor seinem Tode im Jahre 1553 gewesen.[4]

Westfal, der nächste Superintendent, hieß wegen seiner Feindschaft gegen die Calvinisten der Streittheologe. Er sorgte dafür, daß die hülfesuchenden Reformirten aus England im Jahre 1554 alsbald wieder vertrieben wurden.[5]

Mit dem Jahre 1554 lenkte Hamburg, nach einem Jahrzehnt reger Bethätigung auf kriegerischem und religiösem Gebiete, in die alten Bahnen friedlicher Politik zurück, wo die Haupterfolge auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs erreicht wurden.

---

1) Joh. Moller, Isagoge ad historiam Chersonesi Cimbricae IV S. 577.

2) Wilckens a. a. O. Aepin.

3) Kämmerei-Rechn. VI S. 524.

4) Staphorst a. a. O. S. 260 f.

5) Mönckeberg, Ausweisung der Exulanten, Zeitschrift für hamb. Geschichte II S. 186.

Lebenslauf.

Als Sohn des ehemaligen Malermeisters, jetzigen Rentners, Isaak Goos und seiner Frau, Wilhelmine Goos geb. Linnich, wurde ich, Max Hermann Goos, am 14. Februar 1871 zu Hamburg geboren, woselbst meine Eltern noch heute leben. Im mennonitischen Bekenntnis erzogen, besuchte ich Herbst 1881 bis Herbst 1890 die Gelehrtenschule des Johanneums zu Hamburg. Nach Ableistung des einjährigen Dienstjahres beim Garde-Füsilier-Regiment zu Berlin begab ich mich für ein Jahr auf die Universität Straßburg, von dort zu zweisemestrigem Studium nach Berlin und endlich Herbst 1893 nach Marburg i./H. Meine Studien waren von Anfang an besonders der Geschichte zugewandt, daneben beschäftigten mich Geographie und Germanistik.

Aus der Zahl meiner Lehrer nenne ich an dieser Stelle die Herren Prof. Prof. Dr. Dr. Breßlau, Cohen, Delbrück, Fischer, Gerland, Köster, Laband, Martin, Naudé, Niese, Paulsen, Frhr. v. Richthofen, Frhr. v. d. Ropp, Schmidt, Schroeder, v. Treitschke, Vietor, Wenck, Weinhold, Wiegand, Windelband. Ganz besonders bin ich den Herren Prof. Prof. Dr. Dr. Naudé und Frhr. v. d. Ropp zu aufrichtigem Danke verpflichtet, als den Förderern meiner historischen Studien und der vorliegenden Arbeit im Besonderen.